

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

164 (17.7.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Filialen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pf., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., ausgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Verlagsdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herrn. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Die politische Entwicklung Sachsens.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, wie sehr besonders gerade in Süddeutschland die politische Entwicklung Sachsens eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Sachsen ist das Land der Industrie und der Sozialdemokratie, aber es war bisher auch das Land der Reaktion, ganz im Gegensatz zu den süddeutschen Bundesstaaten, die weniger industriell sind, wo aber ein liberaler Geist herrscht. Während die süddeutschen Staaten ihre Wahlgesetze fortgeschritten revidierten, dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht entgegen, ging Sachsen von einem ziemlich allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu einem reaktionären Klassenwahlrecht zurück, das noch plutokratischer ist, als das preussische, das „elendeste aller Wahlgesetze“. Während in Süddeutschland eine fast vollständige Vereins- und Versammlungsfreiheit bestand, wie in demokratischen Bundesstaaten, herrschte in Sachsen ein Unterdrückungs- und Verfolgungssystem, wie unter dem Sozialistengesetz. Sächsische Sozialdemokraten fühlen sich in ein ganz fremdes, jenes Land der Freiheit versetzt, wenn sie plötzlich einmal aus Sachsen nach dem Süden des „deutschen Vaterlandes“ kamen und da sahen, daß die Polizei gar keine Notiz von ihnen nimmt. Gar manche Kritik, die von sächsischen oder anderen norddeutschen Parteigenossen an der Taktik der süddeutschen Sozialdemokraten, nach unserer Meinung ganz unberechtigt, geübt worden ist, erklärte sich lediglich aus den verschiedenen politischen Verhältnissen, die naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Anschauungen und die Taktik der politischen Parteien bleiben. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß die süddeutschen Staaten ein Übermaß von Freiheit besitzen, i bewahre, aber der Unterschied zwischen Sachsen und den süddeutschen Bundesstaaten Preußen, Baden und Württemberg war doch so gewaltig, daß man sagen kann: zwei grundverschiedene Regierungssysteme, brutale Unterdrückung und Freiheit, standen sich hier gegenüber. Die Frage war, welches System sich auf die Dauer wohl als haltbarer und vorteilhafter für das Staatswesen erweisen wird?

Kein politisch gebildeter Mensch konnte darüber im Zweifel sein, daß Sachsen ein glänzendes Fiasko machen, keine reaktionäre Politik der Unterdrückung elend zusammenbrechen müsse. Und sie ist zusammengebrochen! Die Wahlreformschmerzen der Regierung und des Lohndruck bei den Verhandlungen über die Wahlreform haben das gezeigt. Aber eine andere Erscheinung kennzeichnet auch den Wandel, der sich in der sächsischen Regierungspolitik vollzieht. In der Reichstagsitzung vom 1. Mai 1895, bei der ersten Beratung des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzesentwurfes, betreffend das Recht der Koalition, nahm der damalige sächsische Bundesratsbevollmächtigte Graf von Hohenhausen, der heutige sächsische Staatsminister, auf eine Rede Grillenbergers hin, der die sächsische Polizeipraxis scharf geißelt hatte, das Wort und sagte u. a., nach dem stenographischen Bericht:

„Daß sozialdemokratische Versammlungen, in denen der Mißbrauch geübt wird... (Sachen bei den Sozialdemokr.). Die königlich sächsische Regierung würde meinen, die Pflichten, die sie gegenüber den friedliebenden Einwohnern des Landes hat, auf das gründlichste zu verletzen, wenn sie von den Waffen, die ihr die Gesetzgebung in die Hand gegeben hat, nicht einen möglichst ausgiebigen Gebrauch machen wollte. Sie ist der Meinung, daß die Handhabung des Vereinsgesetzes, so wie sie bei uns geschieht, ihre Pflicht und Schuldigkeit ist und möchte ich ähnlich, wie dies einmal in der sächsischen Kammer geschehen ist, das Vereinsgesetz als ein Juwel unserer Gesetzgebung bezeichnen, (Sachen bei den Sozialdemokr.), ja, als ein Juwel unserer Gesetzgebung gerade in unserer heutigen Zeit. Meine Regierung wird an dem Gesetz und an seiner Handhabung festhalten, so lange sie die große Mehrheit des Landtags, wie es gegenwärtig der Fall ist, hinter sich hat.“

Wie in Sachsen das „Juwel“ damals und bis vor einigen Jahren gehandhabt wurde, ist noch in aller Erinnerung. Die ganze Welt lachte darüber und die sächsische Sozialdemokratie gedieh dabei kräftig. Nun werden in sächsischen Blättern die Ausführungsbestimmungen zum neuen Vereinsgesetz veröffentlicht, die von demselben Herrn Grafen von Hohenhausen erlassen worden sind, welcher seinerzeit im Reichstage die Madelstich- und Schikanierungs-politik als eine selbstverständliche „Pflicht“ der sächsischen Regierung bezeichnet hatte und in denen es gleich eingangs, im allgemeinen, heißt:

„Das Ministerium des Innern erwartet, daß die mit dem Vollzuge des Gesetzes und der Ausführungsverordnung betrauten Organe — dem liberalen Zuge des Gesetzes folgend — dieses in der Praxis entsprechend anwenden und sich von jeder Schikane und Anfechtungspolitik fernhalten werden. Als

oberster Grundsatz ist dabei zu beachten, daß nicht durch einzelne Verwaltungs- und Polizeimaßregeln Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes herbeigeführt werden, die, entsprechend der Tendenz des Gesetzes und insbesondere der einschränkenden Vorschrift in § 1 des Gesetzes, in Zukunft gerade vermieden werden sollen.“

Daß gerade Graf Hohenhausen diese Verordnung erlassen mußte, läßt den Umschwung in der politischen Richtlinie der sächsischen Regierung noch schärfer hervortreten. Dieser Umschwung ist nicht plötzlich eingetreten, sondern seit 1903, seit dem damaligen großen Wahlsieg der Sozialdemokratie, allmählich. Und die Regierung ist dabei nicht etwa einer plötzlichen Vernunft gefolgt, sondern hat sich mit einer Taktische abgefunden, an der sie nichts mehr zu ändern vermochte: auf einem gewissen Höhepunkt angelangt, hat die Arbeiterbewegung alle ihr gezogenen Schranken und Hindernisse in der Praxis einfach überannt. Solange eine Bewegung noch relativ klein ist, kann man sie polizeilich kontrollieren und ihr Hindernisse in den Weg legen, aber wenn sie sich einmal so durchgesetzt hat, wie in Sachsen die Sozialdemokratie, hebt sich jede Reglementierung schließlich von selbst auf und wird nur eine Last und eine Last für diejenigen, die sie durchführen wollen. Hunderte und Tausende von Versammlungen und Sitzungen täglich zu überwachen, zu protokollieren, Hunderttausende von Mitgliedern zu kontrollieren und schikanieren — das kann die bestorganisierte Polizei in einem so kleinen Lande, wie Sachsen, nicht, und ein Zweck war gar nicht mehr zu sehen! Vereinzelt Behörden — wie z. B. in Zittau — haben schon seit Jahren die Versammlungen gar nicht mehr überwachen lassen, in fast allen Versammlungen waren „Jugendliche“ unter 21 Jahren und auch die Strahendemonstrationen konnte die Polizei nicht verhindern. Ob die Behörden und die Regierung wollten oder nicht: sie mußten den Dingen einen freieren Lauf lassen und allmählich bequemen sie sich auch dazu, das offiziell anzuerkennen. Und deshalb hatte auch schon seit einiger Zeit, noch ehe das neue Vereinsgesetz in Aussicht genommen war, eine „liberalere“ Anwendung der Gesetze durch die Behörden eingesetzt. In geschlossenen Zügen können heute die Arbeiter am 1. Mai an und bei ähnlichen Gelegenheiten auf der Straße demonstrieren, Festzüge werden den sozialdemokratischen Vereinen bei ihren Sommerfesten als ganz selbstverständlich verboten wurden, Versammlungen werden nur in bestimmten Fällen noch polizeilich überwacht und ein besonders hervortretender Unterschied zwischen Sachsen und den süddeutschen Bundesstaaten ist in dieser Beziehung kaum mehr wahrzunehmen! Das ist zweifellos ein vollständiger Umschwung in der Politik der sächsischen Regierung gegenüber der Sozialdemokratie, der eine Folge des Fiaskos der früheren Unterdrückungspolitik ist — und der zunehmenden Bedeutung der Arbeiterbewegung im öffentlichen Leben. Aber noch kann sich die sächsische Regierung nicht dazu aufschwingen, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wahlrechtsfrage anzuerkennen. Der Landtag wurde vertagt, ohne daß ein anderes Wahlrecht zustande kam und wenn die Regierung den zwischen den Konservern und Nationalliberalen geschlossenen Kompromiß auch nicht billigt, weil er keine befriedigende Lösung der Wahlrechtsfrage bedeute, so nimmt die Regierung in der Wahlrechtsfrage doch einen ebenso bornierten Standpunkt ein, wie die Landtagsmehrheit, die ihren Willen übrigens im Herbst dennoch durchsetzen und ihren Kompromiß zum Gesetz erheben wird. Damit wird jedoch die politische Entwicklung nach vorwärts nicht verhindert, sondern nur nochmals um eine kleine Spanne Zeit verzögert. Wie das zunehmende freieitliche Empfinden des Volkes eine Polizeischranke nach der anderen niederriß, so wird die demokratische Entwicklung im Volke auch die Gesetzgebung auf anderen Gebieten schließlich mit sich reißen. Denn die politische Entwicklung eines Landes ist in erster Linie die politische Entwicklung des Volkes. Und deshalb „macht“ in letzter Linie doch das Volk die Politik und nicht einzelne Personen, die sich „Regierung“ nennen. Sachsen hat uns das in den letzten Jahren gezeigt und wird es in Zukunft noch deutlicher tun. Der reaktionäre Versuch in Sachsen ist mißlungen, sein Fiasko wird immer deutlicher — und das ist ein Gewinn für andere Länder, die sich Sachsen zur Warnung sein lassen werden!

Deutsche Politik. Die Lichtsteuer kommt.

In den „Berliner Politischen Nachrichten“ wird offiziös die Gas- und Elektrizitätssteuer verteidigt. In Form einer Polemik gegen freisinnige Blätter, welche dieses Steuerprojekt bekämpft hatten, wird ausgeführt: „... Dabei ist aber nirgends der Hauptgegensatzpunkt, der bei der

Frage einer Besteuerung des Verbrauchs von Gas und Elektrizität zu Leuchtzwecken in Betracht kommt, auch nur gestreift worden. Das Reich besteuert bekanntlich in dem Petroleumzoll in Höhe von durchschnittlich 75 Millionen Mark bereits einen Leuchtstoff, der die Beleuchtung weiter Kreise unserer Bevölkerung, insbesondere auch der minder wohlhabenden breiten Massen liefert. Wenn das Reich also bereits einen Leuchtstoff besteuert, und zwar gerade denjenigen, der von den breiten, minder wohlhabenden Massen gebraucht wird, so wirft sich bei einem starken Mehrbedarf des Reiches an Einnahmen von selbst die Frage auf, ob nicht auch der Verbrauch an anderen Leuchtstoffen im Interesse der Gerechtigkeit einer ähnlichen Besteuerung zu unterwerfen sein würde, namentlich, wenn es sich, wie bei dem Leuchtgas, um den Leuchtstoff des Mittelstandes und bei der elektrischen Beleuchtung um den der wohlhabenden Minderheit handelt...“

Die Lichtsteuer soll sonach, um sie mundgerechter zu machen, als Luzussteuer angeprochen werden.

Eine geheime Umfrage

veranstaltet die preussische Regierung zurzeit bei den Landräten, durch die um Angabe erlucht wird, in welchen Landgemeinden sozialdemokratische Gemeindevertreter vorhanden sind und wie hoch sich ihre Zahl beläuft. Die beträchtlichen Fortschritte, die unsere Partei in den letzten Jahren bei den Gemeindevertreterwahlen auf dem Lande erzielt hat, scheinen demnach die Regierung stark beunruhigt zu haben. Es ist nur nicht recht erfindlich, was mit der Geheimnistuerei in einer Angelegenheit bezweckt wird, die allgemein ganz klar zutage liegt.

Der Militäretat in der bayr. Abgeordnetenkammer.

Bei der Beratung des Militäretats 1903, der als zweiter Teil bezeichnet wird, gab es ernste und heitere Szenen. Genosse Segitz hatte an der Hand eines Nürnbergers Falles, in welchem beim Sturz eines Soldaten zuerst nach dem Pferde gesehen, der Mann aber liegen gelassen wurde, die Wendung gebraucht: Der Soldat soll mindestens so gut behandelt werden wie das Vieh! Der Kriegsminister drehte die Sache um und bemerkte, daß er für eine Aeußerung, daß das Vieh besser behandelt werde als der Soldat, im Namen der Armee nur eine Verachtung habe! Der 2. Vizepräsident Dr. Hammerstein (lib.) fand kein Wort der Rüge, weshalb Mittwoch Nachmittag die Genossen Segitz und Müller scharf Selbstkritik übten und den Kriegsminister heftig angriffen unter dem Gelächter des 1. Vizepräsidenten.

Ein Zentrumsabgeordneter Roßbl, ein hochmütiger, aber nicht gesehener früherer Trainleutnant, jetzt Malzfabrikant, stellte die Behauptung auf, daß er nicht zugeben könne, daß Sozialdemokraten Offiziere würden — aus den bekannten alten Gründen. Abg. Segitz verwies auf die Verfassung und schlußfolgerte, daß man sie dann auch nicht zu Soldaten nehmen sollte. Roßbl beharrte auf seiner Anschauung und bemerkte, daß er und seine Parteifreunde, welche Offiziere des Beurlaubenslandes seien, trotz der Ausführungen Segitz gegen die Auffassung der gleichen Behandlung der Sozialdemokraten seien. Aber Dr. Heim (Zentr.) trat diesem Standpunkte sehr entschieden entgegen mit dem Ausspruch: er kenne keine Zentrumspartei mit und ohne Troddel!

Wahlproteste zum preussischen Landtage. Es sind im ganzen 52 Wahlproteste eingegangen, darunter gegen die Mandate der Genossen Vordmann, Heilmann, Hirsch und Hoffmann.

Verurteilung eines liberalen Lehrers. Lehrer Bohl hat nach einer Meldung der „Neuen bayerischen Landeszeitung“ in dem gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren einen strengen Verweis erhalten, mit der Androhung, im Wiederholungsfall strafweise versetzt oder aus dem Dienst entlassen zu werden. — Damit wäre der Wunsch des bayerischen Kultusministers also erfüllt.

Tuberkulose u. Heilstättenbehandlung.

I.
Genosse Friedrich P o t h in Freiburg bittet uns um die Aufnahme folgender Erwiderung:

Geehrte Redaktion! Die Frage Tuberkulose und Heilstätten hat inzwischen eine Diskussion ausgelöst, welche geeignet ist, sachliche wie persönliche Auffassungen herauszufordern. Ich gebe zu, daß mein Brief, welcher durch eine überaus zuvorkommende Aufmerksamkeit seitens der Redaktion den Weg in die Öffentlichkeit fand, wesentlich zu der Diskussion beigetragen hat. Dennoch dürften Sie es begreiflich finden, wenn ich nach Lage der Sache den Wunsch habe nach einer Entgegnung. Ich hoffe, Sie werden mir auch diesmal die Spalten Ihrer Zeitung bereitwillig öffnen, auch keinen Anstoß nehmen, an der Antwort, welche dem lebenswürdigen Verfasser des Eingefandts in der Nr. 152 gilt. Vorweg will ich konstatieren, daß ich dem: Man schreibt

Seite 8.
Ulfr
tt
Juli
S
3232
ggenauer
herde
dem Quart
Rabatt
Luisenstr.
uration
en Taube
tage 188.
erstag
sttag
einladet
utz, Wirt.
eine weiß
Stück 2 80
rotet gut
12 M., K
Pf., Wer
est. Schiff
merktlich
bessere St
bleibe
sfr. 38,
m's
nd
chtung
Vorfänge
Wohne
Jeder kann
abmachen
gallerien
agen
Poste Ware
risruhe.
sh Weber
Baden. Fe
rt, mit
in, Kaufm
milian Sch
na Glas
ann hier
rich Jolei
ent. G
trators
alt 61 Jah
neiders

uns — gleichfalls eine Anzahl Auslassungen gegenüberstellen kann, welche sowohl Schreibweise, wie Vorschlag des gerügten Aufsatzes die Zustimmung verlangen zu müssen glauben.

Doch nun zu dem Verfasser, der sich nach seiner Erweiterung persönlich stark getroffen fühlt und demzufolge antwortet. Inwieweit er dazu berechtigt oder unberechtigt ist, will ich hier nicht erörtern. Zugeben will ich, daß ich geschwiegen hätte, wüßte ich, hinter dem Aufsatz stehe ein so außerordentlich geistreicher Verfasser; ich vermüßte hätte sicher das Produkt durchgehen lassen, gleichviel, ob es als Leitartikel oder im Feuilleton gebracht wurde. Auch wüßte ich bisher nicht, daß der Weg zum Geheimrat über den Gen. Bebel führt. Ich war im Gegenteil der Meinung, nach meiner allerdings lächerlichen Kenntnis badischer Traditionen, ein solcher Titel sei weit eher zu erreichen durch etwaige Teilnahme an fürstlichen Frühstückstafeln oder an sonstigen Hofangelegenheiten. Doch ich lasse mich gerne belehren. Wenn will ich mich auch dafür verwenden, daß dem Verfasser zur Feier des bevorstehenden Jubiläums eine allerhöchste Auszeichnung zuteil wird. Eventuell wüßte ich sogar einen diesbezüglichen Antrag an den bevorstehenden Parteitag in Nürnberg richten, zum Dank dafür, daß mir ebenfalls der Geheimratsmittel winkt.

Nun zu der Schreibweise des ersten Artikels. Ich habe dieselbe eingangs schon angezogen. Ein Altes Wort sagt, der Ton macht die Musik. In diesem Falle war der Ton und Tonach auch die Musik sehr schlecht. Merkwürdigerweise meidet sowohl der Verfasser wie auch alle Eingeklebten jene Seite des Angriffsobjektes. Ein darauf Bezug nehmender Satz meines Briefes fiel unbegrifflichweise dem Redaktionsstift zum Opfer. Ich gehe keineswegs zu den Leuten, welche die Ansichten anderer sofort als unbedeutend bezeichnen. Wenn ein gemachter Vorschlag in gebrauchlicher Form auftritt, weshalb soll man nicht darüber diskutieren? Ein derbes Wort am richtigen Ort hat (auch nach meiner Auffassung) noch nie etwas geschadet. Allein es gibt auch in der Arbeiterbewegung, vornehmlich in der Arbeiterpresse, gewisse Grenzen, die man einhalten sollte. Hier sind nach meiner, ich gebe zu, unmaßgeblichen Meinung, diese Grenzen erheblich überschritten worden. Was bezweckte der Aufsatz? Er sollte eine abweichende Kritik bisheriger Heilmethoden Lungenkranke in den Heilstätten sein. Dazu bedurfte es doch wahrhaftig nicht der Ausdrücke wie Faulheit und Mäßigung, Faulheit u. dergl. Es kann gar nicht bestritten werden, daß jene Worte in ihrer Anwendung nicht das System, sondern die Kranken treffen wollten. Dafür bürgt schon der Nachsatz: Arbeit macht gesund! Uebrigens, wenn das wahr wäre, gäbe es verflucht wenig kranke Arbeiter.

Und wenn man die soziale Lage der Arbeiter, den Gesundheitsstand derselben kennt, wenn man die Nachteile der Arbeiterversicherung überhaupt, sowie die Praxis der Versicherungsanstalten sprechen läßt, d. h. in welcher ungenügender Weise für die Kranken allgemein gesorgt wird, wenn man andererseits weiß, daß die in eine Anstalt verwiesenen Kranken vielfach von der Sorge um ihre Familienglieder sehr stark niedergedrückt sind, ihnen in Rücksicht darauf häufig sogar den Eintritt in eine Anstalt verweigert, so empfindet man solche Worte als Unrecht. In diesem Zusammenhang war und ist es für mich und andere in hohem Maße verletzend, so, wie geschehen, von den Opfern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu reden.

Nun sagt der Verfasser: erst richtig lesen, dann lospoltern! Ich habe diese Mahnung getreu befolgt. Allein bei der Wiederholung wurden meine ersten Eindrücke bestätigt. Der erste Teil des Aufsatzes stellt die Kritik, der zweite neue Vorschläge dar. Nun ist bekanntlich nichts leichter, als Vorschläge zu machen. Die Durchführbarkeit steht auf einem anderen Blatte.

Was soll man davon halten, wenn an Stelle wirklich brauchbarer, praktischer Vorschläge ein kleiner Jdealkaustal erhalten muß, von dem Verfasser selbst die Auffassung hat, daß er erst in anderer Gesellschaftsordnung mit Erfolg durchführbar sein wird. Sagt er doch selbst, seine Lungenkur sei nichts als der schönste Traum des Zukunftsstaates.

Ich glaube ihm das. Er hat damit der Phantasie wahrhaftig keine allzu engen Grenzen gezogen. Bis zur Erreichung dieses Zieles bleibt bestehen: Die produktive Kraft der Arbeiterbewegung muß auch auf diesem Gebiete unter harter Alltagsarbeit Stück um Stück der gegenwärtigen Schäden hinweggeräumt werden. (Schluß folgt.)

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Eingig autorisierte Uebersetzung von Adolf Gehl.

(Nachdruck verb.)

(Fortsetzung.)

„Guten Tag!“ grüßte er lächelnd. „Da bin ich wieder. Gestern hat man mich mitgenommen und heute komme ich von selbst!“ Er schüttelte Pawel kräftig die Hand, sagte die Mutter an der Schulter und fragte:

„Gibst du uns Tee?“

Pawel betrachtete schweigend sein braunes, breites Gesicht mit dem dichten, schwarzen Bart und seinen dunklen, klugen Augen. In ihnen glänzte etwas Bedeutendes und seine ganze stämmige Gestalt nahm durch ihre sichere Festigkeit für sich ein.

Die Mutter ging in die Küche, um den Samowar zurechtzumachen. Rybin setzte sich, strich seinen Bart, legte die Ellbogen auf den Tisch und warf Pawel einen finsternen Blick zu.

„Allo!“ sagte er, gleichsam ein unterbrochenes Gespräch fortsetzend. „Ich muß offen mit dir reden. Ich habe dich lange beobachtet, bevor ich gekommen bin. Wir wohnen fast nebeneinander, ich sehe, daß viele Leute zu dir kommen; getrunken und gekummelt wird aber nicht. Das ist der erste Punkt. Wenn die Leute aber nicht bummeln, fallen sie sofort auf — was ist da los? Ja. Deswegen streche auch ich allen in die Augen, weil ich still für mich lebe.“

Seine Worte flossen gewichtig, aber ungezwungen dahin und es klang ein Ton aus seiner Rede, der Vertrauen zu diesem Mann einflößte. „Ja. Alle reden über dich. Meine Wirtskollegen nennen dich einen Reher. Du gehst nicht zur Kirche. Ich gehe auch nicht hin. Dann kamen die Papiere, diese Flugblätter... Hast du die zustande gebracht?“

„Ja!“ erwiderte Pawel, ohne den Blick von Rybins Gesicht abzuwenden. Der sah ihm ebenfalls fest in die Augen.

„Was sagst du!“ rief die Mutter, unruhig aus der Küche hereinblickend. „Du doch nicht allein...“

Pawel lächelte. Rybin ebenfalls.

„So!“ sagte er.

„Beratende Arbeitsräte.“

F. P. K. Paris, 14. Juli.

Die Kammer hat in Bausch und Bogen ein Gesetz über die „beratenden Arbeitsräte“ angenommen, das der legislativen Initiative des Senats entsprungen ist. Da es vom Senat kommt und ein „sozialpolitisches“ Gesetz ist, kann man sich leicht denken, was es wert ist; der Titel allein sagt genug. Das interessanteste an dem Gesetz ist seine Geschichte, weil sie zeigt, wie hier — und anderwärts — Sozialpolitik gemacht wird.

Als Millerand Minister war (1899—1902) verfuhrte er seine Ministerkammer in den Augen der Arbeiter durch Sozialreformen zu rechtfertigen, womit diese auch von ihren revolutionären „Radikalen“ geheilt werden sollten. Da er aber mit Recht fürchten mußte, daß er aufgehört haben wird, Minister zu sein, ehe auch nur eine größere Reform Gesetz würde, dekretierte er die Reformen. Wir halten uns nicht weiter bei einer Begutachtung dieser Art, Reformen schaffen zu wollen, auf, genug, das bedeutendste Dekret, das er schuf, war das der Arbeitsräte. Nach diesem Dekret sollten für bestimmte Provinzen oder Kreise von den Syndikaten der Arbeiter und Unternehmer Arbeitsräte, Arbeitskammern würde man in Deutschland sagen, gewählt werden. Deren Aufgabe sollte sein, Gutachten über alle Arbeitsfragen zu erstatten, die vom obersten Arbeitsrat angeordneten Statistiken vorzunehmen, die Normallöhne zu fixieren, Vorschläge gegen die Arbeitslosigkeit zu machen, die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze zu überwachen usw. Als Krönung war dem Ganzen der schon erwähnte Oberste Arbeitsrat gegeben, der vornehmlich die Sozialgesetze vorbereiten sollte. Gegen diese Dekrete erhob sich ein Sturm im kapitalistischen Lager, zu dessen Echo sich der Senat machte. Der Oberste Verwaltungsrat erkannte zwar die Lokalität der Dekrete an, jedoch sind sie niemals ausgeführt worden. Nur der Oberste Arbeitsrat ist geschaffen und aufrechterhalten worden, der jedoch, da ihm die organische Grundlage fehlt, völlig in der Luft schwimmt.

Um einen Vorwand zur Nichtanwendung der Dekrete zu liefern, ergriff der Senat die Initiative zur Schaffung eines Gesetzes. Das hat mehr als sechs Jahre gedauert. Herausgenommen ist dabei das von der Kammer gestern angenommene Gesetz. Darnach können überall, wo die Nützlichkeit anerkannt wird, nachdem die Provinzialräte, die Handelskammern und die Handwerkerkammern ihr Gutachten abgegeben haben, was allein mindestens ein Jahr dauern würde, „beratende Arbeitsräte“, deren Mitglieder sich zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern zusammensetzen, durch Dekret eingesetzt werden. Ihre Aufgabe ist, die Organe der materiellen und moralischen Interessen ihrer Mandatgeber zu sein.“ Mittel hierzu gibt ihnen das Gesetz nicht an die Hand. Doch können ihre Beschlüsse, wenn sie ungeschickt sind, vom Prästen annulliert werden. Der radikale Abgeordnete Deposse nannte das Gesetz sehr richtig den „Schatten eines Schattens“. So macht man Sozialpolitik.

Badische Politik.

Namen nennen.

Im „Beobachter“ erzählt ein katholischer Geistlicher, natürlich unter den üblichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, das folgende Geschichtchen:

Erst vor 14 Tagen kam zum Schreiber ein als Sozialdemokrat allgemein bekannter Mann seiner Pfarrei, der zwar die Kirchfünkeln u. d. noch nie in die Hand bekam, wohl aber den Knopf der elektrischen Klingel des Pfarrhauses. Er wollte diesmal nur 6 M. leihen, weil er augenblicklich in Not sei. Es war Ende des Gehaltsvierteljahres. Da ist jeweils beim Schreiber wie bei wohl den meisten Kontraktanten große Ebbe im Schreibstil. Der Mann versprach in acht Tagen das Geld wieder zu bringen. Wir wußten, daß das eine leere Rede sei und gaben ihm das letzte Geld — 6 M. Bis heute hat er sich nicht geregt, wird sich auch nicht mehr regen und wir werden ihm auch keine Verlegenheit bereiten. Auch ein künftliches Bild! Aber gar nicht so vereinzelt.

Wir werden ihm keine Verlegenheit bereiten. O nein; wir teilen den Fall bloß der Öffentlichkeit mit, sonst tun wir weiter nichts. So sagt Godwülden. Die Sozialdemo-

kratie mag sich den Mann suchen; er ist in meiner Pfarrei als Sozialdemokrat bekannt. Punktum!

Ein unwürdiges Spiel ist, was hier ein katholischer Geistlicher treibt. Er nennt nicht den Namen des Bittstellers, er sagt nur: Bis heute hat er sich nicht geregt. So hat es der „Beobachter“ auch im Falle Ged getrieben, bis er vor Gericht erklären mußte, er sei falsch informiert worden. Wir sagen also auch hier: Namen nennen! So lange der Geistliche diese Angabe verweigert, sind wir gezwungen, sein Geschichtchen als ein — Märchen zu bezeichnen, dazu bestimmt, die Sozialdemokratie zu diskreditieren!

Herrenhäuser für Trennung von Staat und Kirche.

Die am vorigen Freitag in der ersten Kammer geführte Debatte über das Verhältnis der Kirche zum Staate verdient besonders registriert zu werden. Wir haben den stenographischen Bericht, der gestern erschienen ist, zur Hand genommen, um ausführlich den Gang der Verhandlungen schildern zu können. Er zeigt uns vor allem, daß einzelne Mitglieder der ersten Kammer viel logischer und konsequenter der Materie gegenüberstehen, wie gewisse liberale Volksvertreter in der zweiten Kammer. Da war es zunächst der Berichterstatter der Budgetkommission, der Freiherr v. La Roche-Starkenfeld, der beim Gegenwärtigen: Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln; prophetische Ansichten über die Wirkung der Erhöhung der Kirchensteuer wie folgt kundgab:

„In diesem Moment auch noch eine Erhöhung der Kirchensteuer eintreten zu lassen, das erscheint fast unmöglich. Die Kirchensteuer ist eben anders zu beurteilen als die Staatssteuern und Gemeindefinanzen. Sie ist eine mehr oder weniger freiwillige Leistung, die sich nicht beliebig steigern läßt. Es sei offen heraus gesagt: Wenigstens in den Städten gibt es heutzutage weite Kreise, die mit der Kirche nur noch durch den dünnen Faden der Gewohnheit zusammenhängen. Ein weiteres Anziehen der Steuerfahne und der Fäden reißt. Persönlichkeiten, die gut orientiert sind, befürchten deshalb, daß eine Erhöhung der Kirchensteuer zu einer Austrittsbewegung benutzt werden wird. Diese Meinung teilt auch der Oberkirchenrat in seinem Schreiben. Vor mir liegt der Brief eines angesehenen evangelischen Geistlichen des Landes, der sich im gleichen Sinne ausspricht. Daß Kräfte verschiedener Art vorhanden sind, welche mit Freunden die Gelegenheit ergreifen würden, eine solche Austrittsbewegung zu inszenieren, bedarf keiner weiteren Ausführung. Zeit nunmehr ein steuerzahlendes Familienoberhaupt aus der Kirche aus, so werden auch die übrigen Familienmitglieder dem Einfluß der Kirche entzogen, die Kinder brauchen an dem Religionsunterricht nicht mehr teilzunehmen und Staat und Kirche werden erst bei der heranwachsenden Generation den ganzen Schaden überblicken können.“

So hoch wie der Freiherr v. La Roche schätzen wir nun allerdings den Schaden nicht ein, aber der Redner stellte eine Tatsache fest, auf die wir Gewicht legen.

Der Erbebacher Bürgermeister Dr. Weiß zog, wenn auch etwas vorsichtig, die Konsequenzen aus der Forderung: Trennung von Kirche und Staat. Er sagte:

„Nun haben wir aus wohlverwogenen Gründen den kirchlichen Gemeindefinanzen den Weg einer Besteuerung ihrer Angehörigen eröffnet und da, glaube ich, ist es eine notwendige Konsequenz, daß wir auch sobald wie möglich dahin kommen, daß die kirchlichen Genossenschaften auch alles dasjenige, dessen sie bedürfen, auf dem Wege ihrer eigenen Besteuerung ausbringen, soweit nicht etwa der Staat privatnützlich bei oder dort herpflückt ist, zu kirchlichen Bedürfnissen etwas beizutragen.“

Einen geistlichen Artikelschreiber im „Bad. Beobacht.“ gefällt das Vorstehende gar nicht. Er wirft Herrn Weiß vor, er habe keinen Funken Verständnis für kirchliche Fragen. Das wird Herr Dr. Weiß zu ertragen wissen. Am schlechtesten ergeht es dem Geheimen Rat Dr. Leo v. d. G. hatte den Mut, sich offen gegen die Erhöhung der Dotation für die Geistlichen auszubringen:

„Die Frage ist nur, wie der Aufwand dafür aufbringen soll und da muß ich es nun auch als sehr ungewöhnlich bezeichnen, daß die Staatsdotation noch auf einige weitere Jahre fortgewährt werden soll, geschweige denn, daß ich mich

„Es verläuft richtig!“ sagte er. „Euch hat es zum Beispiel mit offenem Herzen zu mir geführt. Uns, die wir unser ganzes Leben lang arbeiten, führt es allmählich zusammen; und die Zeit kommt, wo es uns ganz vereint. Es ist ungerade und schwer, aber es öffnet uns selbst die Augen über seinen bittern Sinn, zeigt dem Menschen selbst, wie er den Verlauf beschleunigen kann. Wir alle denken gerade so, wie wir leben.“

„Das ist richtig. Aber wart! einmal.“ hielt Rybin ihn zurück. „man muß die Menschen erneuern, denke ich. Wenn jemand richtig wird, führt man ihn ins Bad, wäscht ihn, zieht ihm saubere Kleidung an — dann wird er gesund! Nicht wahr? Und wenn das Herz räubig wird, zieht man die Haut herunter, wenn auch Blut dabei fließt, wäscht das Herz, kleidet es neu — nicht wahr? Kann man denn einen Menschen anders reinigen?“

Pawel sprach eifrig und scharf über Gott, den Zaren, die Obrigkeit, die Fabrik und darüber, wie die Arbeiter im Ausland ihr Recht verteidigten. Rybin lächelte bisweilen, dann schlug er mit dem Finger auf den Tisch, als setzte er einen Punkt dahinter. Mehrfach rief er aus:

„So ist es!“

Und einmal sagte er leise:

„Ach, du bist noch jung... kennst die Menschen wenig! Dann blieb Pawel vor ihm stehen und meinte ernsthaft: „Wir wollen untersuchen, wessen Gedanken die richtigsten sind.“

„Das heißt, deiner Meinung nach hat man uns sogar nicht Gott betrogen? Ich denke auch, unsere Religion ist falsch und schädlich.“

Hier mischte sich die Mutter ein. Wenn ihr Sohn über Gott und etwas sprach, was ihr teuer und heilig war, suchte sie ihren Willen. Sie wollte ihn schweigend bitten, er möchte nicht mit den scharfen, beißenden Worten ihr Herz zerfleischen. Hinter seinem Unglauben fühlte sie den Glauben, und das beruhigte sie.

„Wie kann ich seine Gedanken verstehen?“ dachte sie.

Es war ihr, als wenn Rybin, der erfahrene Mann, Pawels Worte ebenfalls unangenehm, und als Kränkung empfand.

mit der Erhöhung dieser Dotation einverstanden erklären

Dr. Lewald plädierte dafür, daß die Kirchen die Be-

Freilich sagt man, bei der großen jetzt herrschenden

Da kommt er nun bei dem Artikel "Freier des 'Bad.

Herr Graf Helmstatt hat auch die Frage der Trennung

Was sagen dazu die Liberalen der Zweiten Kammer,

Ein gutes Argument, das sich für die Dotationserhöhung

Darauf hat die Regierung geschwiegen. Sie wußte

Die Beratung der Petitionen

im Plenum des Landtags könnte und zwar nur zum Vor-

Die Uebung, die schriftlich niedergelegten Berichte vorzu-

miße. Als aber Nybin ruhig seine Frage an Pawel richtete,

"Was Gott anlangt, sollt ihr etwas vorsichtiger sein! Tut,

"Bomitt soll ich alte Frau mich in meinem Kummer trösten,

Sie wußte das Geschick ab, wobei ihre Finger zitterten.

"Du hast uns nicht verstanden, Mama!" sagte Pawel leise

"Verzeih, Mutter!" fügte Nybin langsam hinzu und blickte

"Ich habe nicht," fuhr Pawel fort, "von dem guten und

"So ist es, jawohl!" rief Nybin und stieß mit dem Finger

auf den Tisch. "Sie haben uns sogar einen falschen Gott unter-

Er sprach leise, aber dabei merklich eindrucklich, jedes

lesen, hat einmal den Nachteil, daß die Berichterstattung

Mit dem Bau der Feil- und Pflegeanstalt bei Konstanz

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Schmitt wurde

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 16. Juli

S. Meineid.

aus Kirchhausen, wohnhaft in Ettlingen, wegen Meineids ver-

nichts zu erlangen, sodaß bei ihm Pfändung vorgenommen

Es erwiderte sofort den Eindruck, daß Muth nicht die Wahr-

In der heutigen Verhandlung gab Muth gleichfalls zu, daß

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

S. Monaten Gefängnis

abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

wurde auch als Zeuge geladen und machte unter seinem Eide die Aussagen, die oben schon wiedergegeben sind. Da das, was andere in dem Alimentationsprozeß vernommene Zeugen be- kundeten, im Widerspruch stand mit den Angaben des Arnitz, sah sich das Vormundschaftsgericht veranlaßt, die Akten der Staatsanwaltschaft mitzuteilen. Diese leitete daraufhin eine Untersuchung ein, deren Ergebnis dazu führte, daß Anklage gegen Arnitz wegen Meineids und gegen die Wender wegen Anstiftung hierzu erhoben wurde.

Diese Anklage führte beide heute vor das Schwurgericht. Der Angeklagte Arnitz erklärte, daß er unter seinem Eide un- wahre Angaben gemacht habe. Er habe es getan, da die Wender ihm dazu überredete. Die Wender sei an einem Abend des Monats Februar zu ihm gekommen und habe ihm mitgeteilt, sie sei vor das Vormundschaftsgericht geladen gewesen und hätte angegeben, daß sie mit ihm erst nach dem 28. Mai Verkehr ge- habt habe. Er werde nun als Zeuge geladen und müsse gerade so sagen, wie sie. Fast jeden Abend kam dann die Wender zu mir und redete mit mir, nur so zu sagen, wie sie. Sie habe ihm den Kopf ganz voll gemacht. Auch im Amtsgerichtsgebäude hätte sie ihm noch kurz vor seiner Einvernahme zugeflüstert und gesagt: „Du mußt so angeben wie ich, sonst mußt du zahlen!“ All das habe ich bestimmt, unter meinem Eide Unwahres auszusagen. Er habe durch die Vorwürfe zu Hause und das Zureden der Wen- der den Kopf so voll gehabt, daß er, zumal er erstmals bei seiner Einvernahme vor Gericht gewesen, nicht recht gewußt habe, was er tue.

Die Angeschuldigte Wender gab zu, daß sie dem Arnitz mit- geteilt habe, was sie vor dem Vormundschaftsgericht angeben- würde. Arnitz habe ihr darauf von selbst gesagt, er werde dann auch die gleichen Angaben machen. Auf Vorhalt des Präsidenten mußte die Angeklagte aber auch weiter zugeben, daß sie oft mit Arnitz über die Sache gesprochen hat, daß sie ihm einmal gesagt habe, wenn er so angebe, wie sie, werde es ihm nichts machen, und daß sie Arnitz deshalb zuredet habe, weil sie befürchtete, daß dieser bei Bekanntwerden der Wahrheit, als Vater haßbar gemacht werde.

Am die Einvernahme der Angeklagten schloß sich die Beweis- aufnahme, die nur wenig Zeit in Anspruch nahm und nichts wesentliches zutage förderte.

Der den Geschworenen zur Beantwortung unterbreitete Fragebogen enthielt vier Fragen, bezüglich des Arnitz eine Schuldfrage wegen Meineids und eine Schuldfrage wegen fahr- lässigen Falschheids, bezüglich der Wender eine Schuldfrage wegen Verleitung zum Meineid und eine Schuldfrage wegen Verleitung zur Ableistung eines falschen Eides. In der Begründung der Anklage stellte Staatsanwalt Schöber an die Geschworenen den Antrag, die erste und dritte Frage zu bejahen. Der Ver- teidiger des Arnitz, Rechtsanwalt Reutti, plädierte für Be- jahung der Frage zwei, Rechtsanwalt Dr. Ziegler als Ver- teidiger der Wender in erster Linie auf Freisprechung, in zweiter Reihe auf Bejahung der vierten Frage. Der Wahspruch der Geschworenen ging auf Bejahung der Fragen zwei und vier. Das demgemäß erlassene Urteil lautete gegen Arnitz auf

7 Monate Gefängnis

gegen die Wender auf

8 Monate Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Ein patriotischer Lügenpeter. Im „Hessischen Kammerab- sticht ein Kriegserbeinler in einem „Eingefand“ eine schnur- rige Betrachtung darüber an, in welcher Weise die Gelber der deutschen Gewerkschaftsbewegung verpulvert werden. Zur Er- heiterung unserer Leser wollen wir ihnen das Ergebnis der Beobachtungen des deutschen Krieges mitteilen. Von zehn Millionen Beiträgen, die angeblich von zwei Millionen Arbeit- tern jährlich bezahlt werden, sind nach der Mitteilung des Mannes folgende Ausgaben zu machen:

Gehalt für die oberen Führer à 10 000 Mk. jährlich	500 000 Mk.
Gehalt für die 300 zweiter Güte à 5000 Mk. jährlich	1 500 000 „
Gehalt für die 500 Wanderredner à 3000 Mark jährlich	1 500 000 „
Däten an die Reichstagsabgeordneten	120 000 „
Veranstaltung der 350 Wahlbezirke à 10 000 Mark jährlich	3 500 000 „
Zeitungen, Broschüren, Flugblätter und Hefeschriften	1 880 000 „
Unterstützung an Parteibummeler, die sich Arbeiter nennen	1 000 000 „
	10 000 000 Mk.

Der Mann sollte sich schleunigst um eine Stelle im Reichs- verbande gegen die Sozialdemokratie bewerben; ist dort gerade keine frei, so wird ihm sicher eine Stelle in einem Freyhause zu dauerndem Aufenthalt eingeräumt werden.

Kommunalpolitik.

Aue b. Durlach, 14. Juli. Die letzte Bürgeraus- schußsitzung, die auf Donnerstag, 9. Juli, abends 7 Uhr, anberaunt war, beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Gas- und Wasserleitungsvertrag zwischen der Stadtgemeinde Durlach und der Gemeinde Aue. Daß ein großer Teil der Einwohner von Aue schlechtes Trinkwasser besitzt, ist schon längst bekannt. Um diesem Uebelstande einmal abzuhelfen, beschäftigte sich der Gemeinderat von Aue vor längerer Zeit mit dieser Angelegen- heit. Da eine eigene Wasserleitung selbst zu errichten völlig ausgeschlossen ist, weil die nötigen Quellen fehlen, dagegen in Durlach Wasser in reichlichem Maße vorhanden ist, verständigten sich beide Körperschaften auf der Grundlage eines Ver- trags. Der Wasserleitungsvertrag wurde mit 87 gegen 14 Stim- men angenommen und der Gasleitungsvertrag mit 80 gegen 21 Stimmen. Mit diesen Beschlüssen wäre nun in Aue manchen berechtigten Wünschen Rechnung getragen.

Die überall bei Wasserleitungsprojekten war auch in Aue die Debatte sehr lebhaft und es schien nach der Einleitung des Bürgermeisters, als müßte man gleich „anschauben“, da ver- schiedentlich die Gemüter sehr erhitzt waren. Es würde zu weit führen, alles hier anzuführen, was die Gegner in ihrem Panas- tismus alles vorbrachten. Aber nach genauer Prüfung der Ver- träge kann offen gesagt werden, daß sie im besten Einverneh- men der beiden Seiten und in ehrlicher, gemeinnütziger Absicht abgeschlossen wurden.

Nun wäre die erste Annäherung der beiden Gemeinden zur Eingemeindung in die Wege geleitet, die doch mit dem Auf-

schaltung der Verhältnisse nicht ausbleiben kann. Von unserer Seite wurden beide Verträge gutgeheißen. Betreffs der Ver- einigung des Wassers ist jedermann im Klaren. Betreffs des Gases wird es an der Stadterwaltung Durlach liegen, in Aue bei den Hausbesitzernklärung zu schaffen. Wenn man bedenkt, wie manche arme Familie kann viel Geld für Holz und Kohlen sparen, wenn sie in der Lage ist, mit Gas zu kochen. Nun möch- ten wir alle diejenigen, die jetzt schon wieder in der Gemeinde herumlaufen, Unterschriften sammeln und behaupten, der Aus- schuß hätte die Gemeinde verkauft, doch bitten, erst einmal einen Vertrag zu lesen. Man sollte doch bedenken, daß die der Gemeinde vorgelegte Behörde doch alles genau prüft und so viel Vertrauen muß man ihr entgegenbringen, daß sie der Gemeinde nichts empfehle, was sie nicht verantworten kann. Die Ein- wohner, die bis jetzt schlechtes Wasser hatten, dürfen doch auch einmal in den Genuß von gutem Wasser kommen; es ist wahr- scheinlich nicht „grünlich“, ihnen solches zu mißgönnen. Jeder, der die Volksschule besuchte, kann ausrechnen, daß doch ein so mini- maler Preis für den einzelnen Abnehmer herauskommt, daß jeder zufrieden sein kann. Der Kubilmeter Wasser kostet 12 Pf., 1 Kubilmeter Wasser sind 1000 Liter. Bei einem Verbrauch von 100 Liter pro Familie und Tag kommen also 4,38 Mk. pro Jahr heraus, was sicher nicht zu viel ist für eine kleine Familie. Die größeren Verbraucher werden in Klassen eingeteilt, die der Bürgerauschuß und Gemeinderat noch festzusetzen hat. Bei großen Verbrauch kann der Betreffende einen Wassermesser an- bringen lassen, dann sieht er jeden Tag, welchen Verbrauch er hat. Wir finden diese Zeilen zur Aufklärung für notwendig.

Grüningen, 16. Juli. Eine Bürgerauschußsitzung findet am Montag, 20. Juli, abends 8 Uhr, statt. In der- selben wird berichtet über die Entscheidung der großh. Ober- direktion des Wasser- und Straßenbaues betr. der hiesigen Wasserlieferung. Des weitern soll Stellung genommen werden über weiter vorzunehmende Vorarbeiten zur Wasserleitung. Wer sich orientieren will über den Stand der Sache, hat also hier Gelegenheit.

16. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter u. verwandter Berufsgruppen.

(Fortsetzung.)

Der Verbandstag beschäftigte sich eingehend mit der Grün- dung der Gesellschaftsbrauerei in Augsburg und sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für die Mahnahme des Vorstandes und Ausschusses aus, bewilligte auch die Mittel zur zweckent- sprechenden Fortführung des Betriebes.

Alsdann folgte Fortsetzung der Diskussion des Berichtes Träger vom Gewerkschaftskongreß. Schrems-Kegens- burg polemisierte gegen die Ausführungen Winkelmans und Schumanns, sowie gegen die Methode im allgemeinen, dem Brauereiarbeiterverbande die Sünden anderer Gewerkschaften anzudichten und wünschte, daß der Verbandstag offiziell da- gegen Stellung nimmt. — Klippel-Breslau forderte beglück- lich der Maifeier, daß die Instanzen, welche die Maifeier pro- pagieren, auch die Verantwortung durch Uebernahme der Unter- stützung anerkennen. Die Stellungnahme des Gewerkschafts- kongresses sei richtig. Den Vohlott solle man nicht als ein so minderwertiges Kampfmittel hinstellen, da die Brauereiarbei- terorganisation insbesondere der Waffe nicht entbehren könne. Die Streikbrecher kämen meistens aus anderen Berufen, da sei es auch Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, durch Betätig- ung der Solidarität die Wunden mit zu heilen, die den Brauereiarbeitern von Angehörigen anderer Berufe geschlagen würden. — Wittich-Frankfurt als Anhänger der Maifeier betont, daß der Maifeiergedanke keine Förderung durch den Ge- werkschaftskongreß erfahren, da man durch die bekannte Reso- lution der Maifeier zwar nicht den Todesstoß verfehlt habe, sie aber langsam abwürge. Man sei nicht konsequent. Redner er- wartet eine bessere Regelung. Die Waffe des Vohlotts habe dagegen eine Stärkung erfahren, sie dürfe allerdings bei vor- sichtiger Anwendung nicht verworfen werden.

Vorsitzender Gheil betonte, daß der Brauereiarbeiterver- band den meisten Gebrauch von der Waffe des Vohlotts gemacht habe. Er selbst sei öfter gegen seinen Willen von verschiedenen Kartellen zur Anwendung dieser Waffe gedrängt worden. Der Vorwurf der leichtfertigen Anwendung des Vohlotts entbehre der Berechtigung. Das unliebsame Kapitel „Grenzstreitig- keiten“ müsse durch gegenseitige Verständigung beseitigt werden. Es komme nicht darauf an, einige Mitglieder mehr zu gewin- nen, sondern darauf, daß die gewonnenen Mitglieder aufgestellt würden und aus Ueberzeugung tätige Mitarbeiter würden. — Dietrich-Heidelberg forderte, daß der Verbandstag zur Maifeier eine bestimmte Stellung einnimmt, sich namentlich klar zur Unterstützung ausspricht. Eigentümlich habe es be- reiten müssen, daß Schumann und Winkelmann auf dem Ge- werkschaftskongreß Zustimmung mit ihren ungerechten Angrif- fen finden konnten. — Der Verbandstag erklärt sich ebenfalls mit den Beschlüssen einverstanden.

Es folgte nun die Beratung betreffs „Verschmelzung zu einem Verbande der Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie“. Das Referat hierzu hatte Gsch-Würzburg übernommen. Red- ner warf einen Rückblick auf die Entwicklung der Organisa- tionen als Folge des wirtschaftlichen Fortschritts, er wies auf die Macht der Unternehmerorganisationen hin und kam zu der Schlussfolgerung, daß es im Interesse der Arbeiter liege, den machtvollen Unternehmerorganisationen möglichst starke Ar- beiterorganisationen entgegenzustellen. Die Verschmelzung sei somit eine notwendige Folge der Entwicklung. Redner ging dann auf die Verhältnisse der in Betracht kommenden Organi- sationen ein, Müller, Wäder und Wegger, die sich sämtlich durch Uraffirmierung mit erheblicher Majorität für die Verschmelzung ausgesprochen haben und suchte im voraus die Einwände der Gegner der Verschmelzung zu entkräften. Ein großer Vorteil liege darin, daß bei einer Verschmelzung die Agitation viel rationeller betrieben werden könne, zudem hätten die Müller und Wäder auch ganz leistungsfähige Organisationen. Durch den Zutritt würde der Brauereiarbeiterverband auf rund 60 000 Mitglieder anwachsen und dann den Unternehmern viel mehr Respekt einflößen. Redner legt seine Anschauungen in einer längeren „Resolution“ nieder.

Wittich-Frankfurt als Korreferent ist im Prinzip für Industriebünde, glaubt aber, daß die Vorbereitungen hier- für nicht gegeben seien. Die Beispiele aus der Metall- und Holzbranche könnten nicht gelten, weil das Abhängigkeitsver- hältnis dieser Branchen untereinander größer sei. Ein In- dustriebund würde aus einer Reihe von verwandten Berufen bestehen, diese Berührungspunkte aber zwischen Wädern und Fleischern einerseits und den Brauereiarbeitern andererseits schichten vollständig. Wichtig sei der Einwand des Hauptvor-

standes, daß eine größere Organisation eine einflussreichere Stellung im Gewerkschaftsleben einnehme. Daß der Brauerei- arbeiterverband im Gewerkschaftsleben heute keine Sympathie habe, liege daran, daß die Organisation in den früheren Jahren in Bezug auf Anwendung des Vohlotts viel geschäftigt und die Sympathie der übrigen Arbeiterkreise auf eine harte Probe ge- stellt habe. Redner bereitete sich dann eingehend über die Art der Agitation und suchte nachzuweisen, daß der Zusammen- schluß für den Brauereiarbeiterverband eine Schädigung be- deute. Redner legte seine Anschauungen ebenfalls in einer „Resolution“ nieder.

Nachdem Träger-Berlin sodann über die Konferenzen mit den Vorständen der beteiligten Organisationen berichtete, entspann sich eine äußerst lebhaft diskutierte für und wider die Verschmelzung. Für den Zusammenschluß plädierten Gils-Karlsruhe, Umborn-Leipzig, Seyder-Berlin, Goldammer-Chemnitz, Meher-Zwidau, Groher-Dresden; dagegen sind Stöcklein-Leipzig, Polster-Dresden, Franke-Berlin, Tobler-Gannau, Braun- Gamm, Dietrich-Heidelberg, Reng-Elberfeld und Döl- linger-Hamburg. Der Verbandsvorsitzende Gheil vertrat im Namen des Vorstandes den Zusammenschluß und empfahl die Annahme der Resolution Gös.

In der Diskussion führte Gheschreiter-Berlin aus, daß der schweizerische Verband keine Nachteile von dem Zusam- menschluß gehabt habe. — Der Verbandsvorsitzende Gheil suchte gegenüber Wittich-Karlsruhe, daß der Zusammenschluß aus Zweckmäßigkeitsgründen notwendig sei, daß unter keinen Umständen die Resolution Wittich angenommen werden könne, da eine Verständigung gesucht werden müsse, indem der Ver- band allein dem machtvollen Unternehmertum auf die Dauer nicht gewachsen sei. Nachdem ein Schlußantrag der Debatte ein Ende gemacht, verteidigten Referent und Korreferent noch- mals ihre Ansichten. Beide haben ihre Resolutionen geändert, um eine gemeinsame Beschlußfassung zu ermöglichen, doch ge- lingt dies nicht. Die „Resolution Gös“ wird dann in nament- licher Abstimmung mit 43 gegen 23 Stimmen abgelehnt, dagegen die „Resolution Wittich“ mit 43 gegen 23 Stimmen angenommen. Diese lautet:

„Der Verbandstag erklärt sich im Prinzip für die Grün- dung von Industriebünden. Da der Zusammenschluß einzelner Berufsgruppen zu Industriebünden aus Zweck- mäßigkeitsgründen geschieht, so kann nur dort der Zusam- menschluß befürwortet werden, wo die technische Entwicklung die eine Berufsgruppe in ein Abhängigkeitsverhältnis von der anderen gebracht hat. In Anbetracht dessen, daß in den Berufen der Wäder, Wegger, Müller und Brauereiarbeiter die Berührungspunkte, welche andere Organisationen zum Zusammenschluß geführt haben, nicht vorhanden sind, ist vor- läufig keine Notwendigkeit zum Zusammenschluß dieser Be- rufsgruppen gegeben. Es beschließt daher der 16. Verbandst- ag, von einer Verschmelzung der Organisationen der Wäder, Wegger, Müller und Brauereiarbeiter vorläufig Abstand zu nehmen, weil die Vorbereitungen für den Zusammenschluß fehlen.“ Wittich.

Nachdem dann auch der vorliegende Gegenseitigkeitsvertrag mit Stimmengleichheit abgelehnt war, stimmte der Verbandstag einem Antrag Gils-Karlsruhe zu, der dahin geht, durch Uraffirmierung mit einer Zweidrittelmajorität die Mitglieder entscheiden zu lassen. Damit ist die Frage für den jetzigen Verbandstag erledigt. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

50. Landtagswahlkreis (Durlach-Bradthal). Die Vorsthen- den der örtlichen Mitgliedschaften sowie die Vertrauensleute werden ersucht, unverzüglich die in ihren Orten wohnenden Nichtabwähler zur Erwerbung des bürgerlichen Staatsbürgerrechts zu veranlassen. Das muß auch in den Orten geschehen, die ihnen zur Agitation überwiegen sind. Die hierzu nötigen For- mulare, sowie eventl. Auskünfte sind zu erhalten vom Wahl- freikomitee oder bei Parteisekretär Gen. Trinks (Karlsruhe).

Gonelsheim, 15. Juli. Vergangenen Dienstag, 14. Juli, wurde unser Lokalwirt und Parteigenosse Karl Sed zu Erbe- gettagen. Während seines langen Krankenlagers von seiner Gattin liebevoll und aufopfernd gepflegt, ist er im Alter von 83 Jahren einer schleichenden, unheilbaren Krankheit erlegen. Ein großer Trauerzug erwies ihm die letzte Ehre. Die hiesige Arbei- terschaft beehrte durch Niederlegung eines Kranzes ihre Teil- nahme an dem für sie herben Verluste. Möge ihm die Erde leicht sein!

Es war derjenige Wirt, der nebst seiner wackeren Gattin den Arbeiterinteressen jederzeit volles Verständnis entgegen- brachte und der den „Volkstfreund“ seit seiner Wirtspraxis un- unterbrochen im Abonnement hatte. Es ist der Wunsch vieler, daß die hinterbliebene Gattin in seinem Sinne das Geschäft weiterführe.

Durmersheim, 17. Juli. Den Parteigenossen zur Rech- richt, daß am Samstag, 18. Juli, abends 9 Uhr, im Gasthaus zum „Kreuz“ die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins stattfindet. Parteisekretär Gen. Trinks aus Karlsruhe wird einen lehrreichen Vortrag halten über: „Sozial- demokratie und Gewerkschaft“. Da das Thema von großer Wich- tigkeit ist, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Die freie Gewerkschaft der Gipsler, sowie die freien Turner und Volkstreuendleier sind freundlichst eingeladen.

Glashaus, 17. Juli. Am Sonntag, 19. Juli, findet in der „Rose“ unser erstes Gartenfest statt. Wir bitten die Sanges- turn-, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder von Durmers- heim und Umgebung, sich zahlreich an dem Feste zu beteiligen. Für guten Stoff, sowie für gute Unterhaltung ist bestens ge- sorgt. Also Arbeiter, Parteigenossen! Auf nach Glashaus zum Gartenfest!

Ottenu, 16. Juli. Endlich! Seit längerer Zeit begeh- riez die Idee, im Murgtale einen Arbeitergefängnis zu errichten ins Leben zu rufen, der unabhängig von dem bürgerlichen Gefängnis die Pflege des Liebes der Arbeit übernehmen soll. Wie alles im Leben seine Entwicklung braucht, so ist es auch mit dem Freiheitsgefängnis. Wie mancher Käfig hat schon im „schönen“ Murgtale die Hörner abgestoßen und doch ist seine Arbeit nicht bergend gewesen, nur die Verfrachtung fehlte. Endlich! Ottenu- marschieret als Vorposten an der Spitze. Es soll ein Arbeiter- gefängnis gegründet werden. Bravo, ihr Ottenuer! Wenn von den Murgtalgenossen würde das Herz nicht höher schlagen bei dieser freudigen Mitteilung. Genossen und Kollegen! Die Bahn ist frei! Am Montag, 20. Juli, ist im „Strauß“ die konstituierende Versammlung. Freunde des Frei-

Freiwilliges sind herzlich willkommen. Aber auch an Gagganau und Döden richtet sich unser Appell. Es gilt, gemeinsame Sache für diese Idee zu machen. Beginn halb 9 Uhr.

Altenburg, 15. Juli. Den Parteigenossen und Volkstreuenden von Altenburg und Festetten diene zur Nachricht, daß der Parteisekretär fürs Oberland, Gen. Engler aus Freiburg, am Sonntag, 19. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zum „Bahnhof“ in Altenburg in öffentlicher Versammlung über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ sprechen wird. Wir ersuchen, für diese Versammlung tüchtig zu agitieren. Das Thema wird Gelegenheit geben, über das befehrt zu werden, was die Sozialdemokraten wollen und aber auch, was sie nicht wollen. Das Zentrum gibt sich seit Jahren Mühe, uns in der allerschäblichsten Weise zu bekämpfen; es wird gut sein, wenn man die Anhänger dieser Partei zum Besuch der Versammlung anfährt, um ihnen die Lügen und Entstellungen gegen unsere Partei vor Augen zu halten. Die Lösung aller Probleme unserer Sache muß am Sonntag sein: Auf zur Versammlung in Altenburg!

Badische Chronik.

Durlach.

16. Juli.

— **Behörde und Arbeiterturner.** Die Turnsektion des Arbeiterbundes „Vorwärts“ muß bis zur Stunde ihre Turnproben in einem Wirtschaftssaal abhalten. Die Vorstandschaft des Vereins hält nun schon seit langem diesen Zustand für andernfalls unzulässig, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkte, daß das Turnen in einem Wirtschaftssaal nicht den Anforderungen an ein Turnplatz entsprechen dürfte. Die Turnsektion des Arbeiterbundes hat sich demgegenüber in einem „allhöflichen“ Notale, z. B. in einer Turnhalle, vorzuziehen. Nun war aber bis zur im letzten Herbst erfolgten Fertigstellung der Gymnasiums-Turnhalle nur eine Turnhalle vorhanden und von den drei älteren bestehenden Turnvereinen schon seit Jahren vollständig belegt. Erst nachdem die Turnhalle beim Gymnasium fertig geworden, sah die Turnsektion sich gezwungen, dort unterzukommen. Es wurde eine diesbezügliche Eingabe an den Gemeinderat gemacht, der jedoch erklärte, daß sich der Oberbürgermeister die Verfügung über das Verwendungsrecht der Turnhalle vorbehalten habe und die Verhandlungen darüber zwischen Gemeindeverwaltung und genannter Behörde noch in der Schwebe seien.

Bei der Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß wurde seitens des Genossen Steinbrunn, des Vorstandes des „Vorwärts“, nun Veranlassung genommen, den Herrn Bürgermeister über den Stand der Sache zu interpellieren, der dem Verein riet, selbst eine Eingabe an den Oberbürgermeister zu machen. Der Gemeinderat sei dafür, daß ihm die Turnhalle für seine Turnsektion überlassen würde. Die Antwort der Direktion des Programms des Gymnasiums bezug des Oberbürgermeisters lief am 13. Juni ein und hat folgenden Wortlaut:

Zum Auftrag des großh. Oberbürgermeisters (Erlaß Nr. 22054 vom 6. Juni) teile ich dem Vorstand des Arbeiterbundes „Vorwärts“ mit, man sei im Einvernehmen mit dem Gemeinderat Durlach nicht in der Lage, die Benutzung der Turnhalle des Gymnasiums durch Vereine zu gestatten, da dies mit dem Zweck der Halle, zugleich als Aula zu dienen, nicht vereinbar wäre.

Dr. Mah.

Da haben wir's. Man bekämpft zwar den Alkoholmißbrauch, verfährt aber bei Bestrebungen, die in gleicher Richtung gehen, aus fadenhäutigen Gründen. Man rechnet zwar dem Arbeiter von allen Seiten vor, was ein schwerer Fehler der Alkoholgenuss ist. Will der Arbeiter aber daraus, wie in diesem Falle, die praktischen Konsequenzen ziehen, stößt er überall auf verschlossene Türen.

Wahrlich ist aber das Verhalten des Gemeinderats. Während bei der Voranschlagsberatung Herr Dr. Reichardt erklärte, der Gemeinderat werde die Ueberlassung der Turnhalle beschließen, geht aus obigem Schreiben gerade das Gegenteil hervor. Die Angelegenheit verdient aber auch noch von einer anderen Seite betrachtet zu werden. Die Gemeinde hatte das Recht, aus städtischen Mitteln und mit einem Aufwand von einer halben Million Mark ein Gymnasium zu erstellen, sie hat das Recht, für dessen Instandhaltung aufzukommen — im Voranschlag pro 1908 sind allein 2500 Mk. für Heizung eingestellt — aber ein Verwendungsrecht auch für andere gemeinnützige Zwecke, wofür selbstverständlich eine entsprechende Nachsumme bezahlt werden würde, wird einfach nicht gestattet. Hier scheint die Gemeindeverwaltung der städtischen Schulbehörde gegenüber viel zu nachgiebig gewesen zu sein.

Offenburg.

16. Juli.

— **Das Waldfest der vereinigten Gewerkschaften und sozialdemokratischen Partei** findet am Sonntag, 19. Juli, im Stadtpark statt. Es ist zu erwarten, daß die organisierte Arbeiterschaft und Gesinnungsfreunde sich zahlreich daran beteiligen.

Freiburg.

16. Juli.

— **Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder! Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht!** Wenn ihr zum nächsten Landtage wählen wollt, dann müßt ihr die badische Staatsangehörigkeit besitzen und ein Jahr in Baden gelebt haben. Nur nach 1 1/2 Jahren trennen und von der nächsten Landtagswahl. Darum laßt euch nicht abblenden, daß das Wahlrecht zu sichern.

Auskunft erteilt das Arbeitersekretariat, Molkenstraße Nr. 30.

— **Die diesjährige Sängereise der Gesangssektion des Arbeiterbildungsvereins „Eintracht“** in Zürich führt dieselbe in den Tagen vom 24.—27. Juli nach Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart. Am Freitag den 24. Juli treffen die Sängereisen in der Stärke von 70 Personen am Samstag zum Besuche des Gesangsvereins „Freundschaft“ hier ein, um gemeinsam mit demselben am Abend in Sinners Garten und Halle ein Konzert zu veranstalten. Der Arbeiterbildungsverein „Eintracht“ in Zürich besteht zum größten Teil aus reichsdeutschen Genossen und bildet den Mittelpunkt des genossenschaftlichen Lebens daselbst. Er besitzt ein eigenes Heim, in dem sich große Säle zum Abhalten von Versammlungen, eine Bibliothek, Billardzimmer usw. befinden. Außerdem hat derselbe für seine lebigen Mitglieder eine Speisekammer eingerichtet. Es ist das erste Mal, daß die Sängereisen auf ihrem Ausflug badische Arbeitervereine besucht und kann dieselbe sich schon deshalb eines herzlichen Empfanges versichert halten.

Die Arbeiterschaft Freiburgs möchten wir auch an dieser Stelle zu recht zahlreichem Besuche des Konzerts einladen.

— **Eine Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode** brachte den 22 Jahre alten italienischen Erbarbeiter Alessandro Buratto von Montecchio di Crovara auf die Anklagebank. Der Angeklagte besuchte am Abend des 8. März in Begleitung eines Landmannes die Wirtschaft zum „Stollen“ in Weibach im Elstal. Dort befand sich auch der 20jährige Wagnergehilfe Karl Andris von Alsimonsbad. Andris glaubte in dem Kollegen des Buratto denjenigen zu erkennen, mit dem er am Sonntag zuvor in einer andern Wirtschaft in Kollision geraten war; kurz, er nahm gegen die Italiener eine drohende Haltung ein, was diese bewog, die Wirtschaft zu verlassen. Andris, den seine Bekannten, denen nichts Gutes ahnte, vergeblich zurückhalten wollten, rief sich los und rannte in sein Verderben, in den Tod. Denn kurze Zeit, nachdem er die Wirtschaft verlassen hatte, trachte ein Schuß und die entseht herbeieilenden Gäste fanden Andris, durchs Herz geschossen, als Leiche vor. Von den zwei Italienern fand sich keine Spur; sie waren noch in der Nacht in der Richtung nach der Schweiz und Italien geflohen. Später stellten sie sich hier freiwillig.

Der Angeklagte gab vor dem Schwurgericht am 14. ds. Mts. zu, den Schuß abgegeben zu haben, doch bestritt er, es auf eine Verletzung des Andris abgesehen zu haben; er habe lediglich aus Notwehr geschossen, Andris sei mit einem Gegenstand auf ihn eingedrungen, den er für eine Waffe angesehen habe. Nur deshalb sei von ihm zum Revolver gegriffen worden. Der Staatsanwalt hielt Notwehr für ausgeschlossen und beantragte, den Angeklagten für schuldig zu erkennen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Grumbach, kennzeichnete in berechtigt und überzeugender Weise die Situation, in der sich der Angeklagte befand und die nur als Notwehr gelten könne. Die Geschworenen schloffen sich hierauf an, ihr Verdict lautete auf: Nicht schuldig. Daraufhin sprach das Gericht Buratto frei und setzte ihn auf freien Fuß.

— **Das Waldfest des Gesangsvereins „Sängerlust“ Freiburg-Gaslach**, welches am Sonntag, 12. Juli, stattfand, war gut besucht, namentlich war die Arbeiterschaft Freiburgs gut vertreten. Der altbewährte Bruderverein „Freundschaft“ Freiburg verschönerte das Fest durch den Vortrag einer Anzahl Lieder, ebenso tat sich die St. Georgs Musikkapelle hervor. Das Fest verlief bei schönstem Wetter in vollster Harmonie, obwohl es die Geistlichkeit der umliegenden Orte nicht unterlassen hat, von der Kanzel herab vor dem Besuche des „Teufels“-Festes zu warnen. Doch aller Liebe Mühe war umsonst, der Verein steht fester da, als zuvor; namentlich ist auch seine finanzielle Lage eine gute zu nennen. Wir wünschen demselben trotz „Acht und Wamm“ ein ferneres Blühen und Gedeihen.

— **Gewerbeverein Freiburg.** Da in diesem Sommer in verschiedenen Städten Ausstellungen stattfinden, gewährt der Gewerbeverein einigen seiner Mitglieder eine Reisebeihilfe zur Befähigung derselben. Schriftliche Gesuche sind an den Vorstand einzureichen.

— **Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Freiburg.** Der gefristete Vortrag des Herrn Richard Fehlbauer, Lehrer für Deklamation am Badler Konseratorium, war sehr gut, nur etwas mehr „Christen“ und „Patrioten“ hätten zuhören dürfen. Wir greifen nur einige Punkte des Vortrages heraus, die unserer heutigen Gesellschaft die Schamröte ins Gesicht treiben müßten: In dieser Stunde erklären wir den Kindern das Verbot: „Du sollst nicht töten!“ und in der nächsten Stunde verherrlicht man den Massenmord. Demgegenüber muß die Kulturgeschichte in den Vordergrund treten. Schule, Familie und Kirche sind berufen, für die Friedensidee zu wirken.

Viel nützen werden diese Phantastereien unseren bürgerlichen Ideologen nicht. Wenn man den Krieg aus der Welt schaffen will, muß man erst dessen Ursachen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, beseitigen. Es gibt nur eine Friedensgesellschaft, die zum Ziele führt, das ist die internationale Sozialdemokratie!

Dillingen.

16. Juli.

— **Toleranz der „Christen“.** Die vereinigten Gewerkschaften hier wollten am 26. Juli ihr Waldfest bei der sogenannten Vortellkapelle abhalten. Nun kam der Bescheid, daß der kathol. Stiftungsrat solche Feste an diesem Plage nicht mehr dulde. Von Interesse für uns wäre es, ob das Verbot nur für uns gilt; gegen die bürgerlichen Vereine, welche schon oft an jenem Plage Sommerfeste abhielten, hatten die „Christen“ nichts einzuwenden. Ist vielleicht durch die 111 Cogen dieser Platz entweiht worden? Das Waldfest wird nun beim Ausflugsort stattfinden und der kathol. Stiftungsrat ist soweit wie vorher.

— **Gagganau, 17. Juli.** Komenden Sonntag halten die vereinigten freien Gewerkschaften ihr Sommerfest ab. Das Arrangement liegt in bewährten Händen und dürfte die ideale Seite am besten in dem abends zur Aufführung gelangenden Theaterstück „Um schönen Mannan“ zur Geltung kommen. Nachmittags 3 Uhr beginnen die Volksbelustigungen mit Konzert. Um dem „Klingen nach Glück“ Rechnung zu tragen, ist ein Glücksspiel vorgesehen. Die Feste hat Kollege Hurschig übernommen. An den Teilnehmern liegt es nun, dieses Fest zu einem Feste der Arbeit zu machen. Trage ein jeder dazu bei, das Fest zu verschönern.

— **Brötzingen, 16. Juli.** Am Mittwoch, 15. Juli stürzte das etwa 6 Jahre alte Söhnchen des Goldarbeiters Stahl in einen auf der Straße stehenden Eimer voll lodenden Wassers, so daß es sich schwer verbrühte und sofort ins Spital verbracht werden mußte.

— **Ergingen, 16. Juli.** Ein eigentümlicher Fall hat sich hier zugetragen. Als die Knechte des Hirschenwirts Huber gegen Abend in den Stall kamen, um die Pferde einzuspannen, fanden sie alles Vieh munter vor. Nach kaum einer halben Stunde lehrten sie wieder vom Felde nach Hause zurück und machten die Entdeckung, daß zwei Stück Vieh tot auf dem Boden lagen, während ein drittes dem Verenden nahe war. Der Bezirksarzt von Waldsbut, der gleich zur Untersuchung erschienen war, konnte die Ursache, die den raschen Tod der Tiere herbeigeführt hat, nicht feststellen.

— **St. Gorgen, 16. Juli.** Eisenbahnunglück. Heute Morgen zwischen 6—7 Uhr stieß infolge falscher Weichenstellung ein Güterzug auf einen leerstehenden pfälzischen Güterzug. Der Pfälzer Zug machte eine Probefahrt durch den Schwarzwald. Zugführer und Heizer des Pfälzer Zuges kollerten die

ziemlich hohe Böschung hinunter, ohne sich ernstlich zu verletzen. Schwerverletzt ist niemand. Der Materialschaden ist groß, da beide Maschinen, sowie viele Wagen arg beschädigt sind. Ein Geleise ist wieder frei gemacht.

— **Bierthaler (Amt Neustadt), 15. Juli.** Sittlichkeitsverbrechen. Vor dem Freiburger Schwurgericht mußte sich am 14. ds. Mts. der 38 Jahre alte Sägenfeiler Josef Mehlert von hier wegen Sittlichkeitsverbrechen verantworten. Mehlert verging sich im Laufe des Sommers 1907 mehrmals an einem geisteschwachen 18jährigen Mädchen von Hintergarten. Unter Verfolgung mildernder Umstände erhielt Mehlert 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust subfidiert.

— **Schabhausen (Amt Wültingen), 16. Juli.** Wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde der 20jährige Fuhrmann Peter Groh verhaftet und nach Wültingen eingeliefert. Er hatte sich an einem 11jährigen Mädchen, welches bei seinem Vater in Pflege war, vergangen. Die Fälle wegen derartiger Vergehen mehren sich in dieser Gegend immer mehr.

— **Raboldswald, 15. Juli.** Ein Pilgerzug mit 24 Wagen besperrte heute unsere Station. Männer und Frauen im verschiedensten Alter nahmen an dieser Pilgerfahrt teil. Der Zug soll aus der Heberlinger Gegend gekommen sein. Etwa 800 bis 1000 Personen mögen in den Wagen untergebracht sein.

— **Solkertshausen, 16. Juli.** Kadunfall. Vorgefunden stürzte beim Stodfelder Hof an der Straße Ordingen-Solkertshausen ein Radfahrer so unglücklich, daß er schwere Verletzungen am Kopfe davontrug und bewußlos liegen blieb. Mittels Automobil des Grafen Robert Douglas von Langenstein wurde der Schwerverletzte in das Spital nach Singen transportiert.

— **Konstanz, 16. Juli.** Das Schwurgericht sprach die Ehefrau Anna Schumacher, geb. Köhle von Martdorf, von der Anklage wegen Brandstiftung frei.

— **Mannheim, 16. Juli.** Auch in diesem Jahre werden die durchgehenden Schnellzüge auf der badischen Strecke durch Kriminalbeamte begleitet, die in unauffälliger Weise auf internationale Eisenbahndiebe fahnden. Die Einrichtung hat sich sehr bewährt und verdient anderwärts nachgeahmt zu werden.

— **Heidelberg, 16. Juli.** Die Identität der oberhalb des Felsenmeeres in dichtem Gebüsch aufgefundenen Leichen eines Liebespaares konnte noch nicht festgestellt werden. Dieselben wiesen an der Stirne Schußverletzungen auf, der Revolver lag in unmittelbarer Nähe. Es ist anzunehmen, daß der Mann zuerst seine Geliebte mit deren Einverständnis und dann sich selbst erschossen hat. Man fand neben Geld, Schmuckstücken und den Uhren der beiden ein Weibchen mit dem Bildnis eines Soldaten. Dasselbe wurde von dem Mädchen getragen und dürfte vielleicht zur Ermittlung der Personalien der Verlebten dienen.

Ueber die natürliche Bevölkerungsbewegung

in deutschen Groß- und Mittelstädten

berichtet auf Grund der Mitteilungen der beteiligten Städte Dr. Karl Singer, Direktor des Statist. Amtes der Stadt München. Die Nachweisungen umfassen eine Bevölkerung von etwa 16,5 Millionen aus 80 deutschen Städten und den beiden außerdeutschen Städten Wien und Zürich. Die Hauptergebnisse für die Gesamtheit der 82 Städte sind folgende: Die Geburtenziffer ist von 38,7 pro tausend Einwohner i. J. 1898 auf 29,6 in 1906 zurückgegangen. Noch stärker ist jedoch die Sterblichkeitsziffer gesunken: nämlich von 23,8 auf 17,1 pro Tausend, so daß der Geburtenüberschuß sich von 10,4 auf 12,5 gehoben hat. Auf die verminderte Sterblichkeit ist vor allem von Einfluß gewesen der Rückgang der Säuglingssterblichkeit von 23,6 auf 18,5 pro 100 Lebendgeborene. Ein weiterer Triumph der Hygiene ist die Abminderung der Sterblichkeitsziffer an Lungentuberkulose von 3,0 pro Tausend in 1898 auf 1,9 in 1906.

Sehen wir zu, in welcher Beziehung die 44 Großstädte mit über 100 000 Einwohnern besonders hervorragende Ergebnisse aufweisen, so zeigt sich, daß die Geburtenziffer am höchsten ist im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Sie betrug dort 1906 in Gelsenkirchen: 49,5, Bochum 44,3, Duisburg 42,3, Dortmund 41,8 und Essen 40,1. Die niedrigsten Geburtenziffern weisen auf Berlin mit 24,9, Braunschweig 24,6, Krefeld und Wiesbaden 24,4, Hannover 23,6, Schöneberg 22,8 und Charlottenburg 22,0. Außerordentlich verschieden ist der Prozentsatz der unehelichen Geburten. Am höchsten ist er in Wien, wo im Jahre 1906 von je 100 Geburten 30,3, also fast ein Drittel, außerehelich waren; sodann in München mit 26,7, Plauen 19,0, Leipzig und Dresden mit 18,7 und Breslau mit 18,1 Prozent. Der „Sündenpfuhl“ Berlin schneidet mit 17,3 Proz. immer noch besser ab, als die genannten Städte, wobei zu berücksichtigen ist, daß viele Mädchen zur Erleichterung einer „diskreten Geburt“ die Millionenstadt aufsuchen, ferner auch, daß der Prozentsatz junger, in gebärfähigem Alter stehender weiblicher Personen infolge der günstigen Arbeitsgelegenheit hier besonders groß ist. Die niedrigsten Ziffern außerehelicher Geburten haben Krefeld (4,2), Essen (3,3), Duisburg (2,8) und Gelsenkirchen (2,3 Proz.).

Durch eine besonders hohe Sterblichkeitsziffer ragte 1906 wieder hervor: Kofen mit 22,2 pro 1000 Einwohner. Ihm folgt Breslau mit 21,2. Ueber 20 Proz. haben ferner noch Danzig, Dortmund, Halle a. S. und Stettin. Die glückliche Stadt mit der niedrigsten Sterblichkeitsziffer ist Schöneberg mit 10,4. Auch Charlottenburg mit 12,1, Wilmersdorf mit 12,8, Kassel mit 13,4 und Krefeld mit 13,9 weisen sehr günstige Sterblichkeitsverhältnisse auf.

Der Ueberseh der Geburten über die Sterbefälle (auf je 1000 Einwohner berechnet) ist am größten in Gelsenkirchen mit 30,3, am geringsten in Braunschweig mit 8,1.

Die Säuglingssterblichkeit hat im Jahre 1906 in der Mehrzahl der Großstädte, zum Teil sogar erheblich, abgenommen. Die geringste Säuglingssterblichkeit finden wir in Wilmersdorf mit 11,9 Proz., Zürich 12,2, Elberfeld 12,6 und Kassel 12,7; die höchste dagegen in Köln mit 22,2 Proz., Nürnberg 22,8, Stettin 24,1 und Chemnitz 25,6.

Der Eulenburg-Prozeß.

Berlin, 16. Juli. Fürst Eulenburg wurde heute in seinem Bett nach dem Konferenzsaal der Charité transportiert. Der Fürst sah ungemein leidend aus. Der Vorsitzende eröffnete um 10 1/2 Uhr die heutige Sitzung und zwar in Anwesenheit der Vertreter der Presse. Als Zeugen sollen heute vernommen werden die beiden Schöffen aus dem Münchener Garden-Städtele-Prozeß, Graf Kuno v. Moltke, der Hausarzt des Angeklagten, Dr. Gennrich, ferner Dr. Hirschfeld, die Fürstin Eulenburg, der Sohn des Fürsten Eulenburg und ein Diener aus Schloß Die-

benberg. Jedoch soll die heutige Sitzung mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Angeklagten nur von kurzer Dauer sein. Berichterstatter Thiele ersucht im Hinblick darauf, daß zwei Journalisten als Zeugen vernommen werden, wodurch das Prinzip des Ausschusses der Öffentlichkeit durchbrochen sei, ihn auch als Berichterstatter für sämtliche Berliner Zeitungen zuzulassen. Da der Oberstaatsanwalt und die Verteidigung hiergegen nichts einwenden, beschließt der Gerichtshof die Zulassung des Thiele. Der Vorsitzende teilt mit, daß ihm bekannt geworden sei, daß gestern auf dem Korridor Zankereien zwischen den Zeugen stattgefunden haben. Er ersucht ganz besonders den Zeugen Hofschäupliker Arndt, die anderen Zeugen in Ruhe zu lassen und sich taftvoll zu benehmen. Arndt bemerkt hierzu, daß er nur einige Zeugen gefragt habe, ob sie ihn kennen. Der Vorsitzende betont nochmals, er solle mit den Zeugen nicht sprechen. Als erster Zeuge wird dann der Oberarzt Dr. Steyrer aufgerufen.

Die beiden Schöffen, ein Mollereibesitzer und ein Kaufmann, befinden im Harden-Siedele-Prozess hätten sie den Eindruck vollster Glaubwürdigkeit der Zeugen Ernst und Nibel gewonnen und zwar hätten sie anfangs wegen Nibel Bedenken gehabt, da dieser vorbestraft sei. Da die Ärzte erklärten, der Angeklagte könne wegen eingetretener Schwäche der Verhandlung nun nicht mehr folgen, wurde diese auf morgen Vormittag 11 Uhr vertagt.

Neues vom Tage.

Heidesheim, 16. Juni. Hier schlug am Dienstag Nachmittag der Blitz in die Arbeitsräume der Heidesheimer Maschinenfabrik. Sämtliche Arbeiter, etwa 30 an der Zahl, wurden getödtet und zu Boden geworfen, kamen aber ohne Verletzung davon.

Berlin, 16. Juli. In der fünften Morgenstunde hat sich heute in der Müllerstraße ein blutiges Liebesdrama abgespielt. Ein bei der dort wohnenden Frau Winter logierender Schlafbrüche gab auf die 23jährige Tochter der Wirtin einen Schuß ab, der das Mädchen lebensgefährlich verletzte und erschöpfte sich dann selbst. Verschämte Liebe soll das Motiv der Tat sein.

Rom, 16. Juli. Ein Telegramm aus Catania meldet, daß der Aetna seit gestern in voller Tätigkeit ist. Ein starker Schichtenregen geht nieder und verdunkelt die Sonne. Starke Erdstöße, begleitet von unterirdischem Getöse, haben die Einwohner in Furcht gesetzt.

Rom, 17. Juli. In Granoli bei Rom drohte ein Bürger aus Eifersucht seine Frau zu erschließen. Ein zufällig vorübergehender Karabinier versuchte den Wütenden zu entwaffnen. Dieser schoß ihn aber auf der Stelle nieder. Auf den stehenden Körper gab ein anderer Karabinier einen Schuß ab und tötete ihn.

Die Dynamit-Explosion in einem Bergwerk.

Essen, 16. Juli. Trotz der seit gestern Abend ununterbrochen fortgesetzten Bergungsarbeiten ist es bisher noch nicht gelungen, die drei Vermissten aufzufinden. Man hat jetzt die Hoffnung aufgegeben, sie lebend zutage zu fördern. Die acht verletzten Bergleute befinden sich den Umständen nach gut.

Das Militär-Luftschiff.

Berlin, 17. Juli. Das Militär-Luftschiff setzte gestern seine abendlichen Uebungsfahrten fort. Punkt 1/2 8 Uhr wurde der Ballon aus der Halle geführt. Er verblieb zunächst über dem Gelände der Luftschiffabteilung, um einige Steuerübungen zu machen, dann fuhr er eine halbe Stunde gegen einen Westwind von 3 Meter pro Sekunde. Major Sperling, Hauptmann George, ein Oberingenieur und ein Ingenieur waren in der Gondel. Der Ballon bewegte sich in einer Höhe von 300-400 Meter mit gutem Erfolge. Es gelang ihm vorzüglich, seine Lage durch das Höhenmeter in beinahe senkrechter Haltung beliebig zu verändern. Um 1/2 9 Uhr wurden die Schlepptaue ausgeworfen und der Ballon in die Halle zurückgeführt. Hauptmann Groß, der aus Mangel zurückgekehrt war, wohnte dem Aufstieg bei.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 17. Juli.

Rekruten und alte Leute.

Unter dieser Rubrik brachte — so schreibt uns ein hiesiger Parteigenosse — der „Volksfreund“ in Nr. 162 eine Notiz, deren Inhalt einen bedauerlichen Vorfall aus der Infanteriekaserne in Buxbad (Sachsen) enthielt, wonach ein sogenannter alter Mann einen Rekruten mißhandelte, was denselben so reizte, daß er einen Besenstiel ergriff und dem „Alten“ einen Schlag auf den Kopf verleierte, dessen Verletzungen derselbe erlegen ist. Der „Volksfreund“ fügt dem ein Kommentar bei, indem er schreibt: Das schreckliche Verbrechen wirft grelle Lichter auf das traurige Verhältnis, das zwischen den „alten“ Leuten und den Rekruten vielfach herrscht.

Dieses Verhältnis zwischen den Mannschaften wird gefördert von „oben“ herab. Läßt sich irgend ein Rekrut etwas zuschulden kommen, so heißt es sofort: Haut den Lump, daß die Felsen fliegen u. a. mehr. Ein von mir selbst erlebter Fall mag das beweisen. Wir waren auf unserer Auslandsreise in Schanghai (China) vor Anker gegangen; die Mannschaft wurde beurlaubt. Das Unglück wollte es, daß ein Rekrut sich 5 Minuten verspätete und mit dem Runtinboot nicht mehr zurückkehren konnte. Der Betreffende wurde wegen Urlaubsüberschreitung dazu verurteilt, acht Stunden in der Sägematte an Deck zu stehen; eine fürchterliche Strafe. Der 1. Offizier ließ die Korporalchaft antreten, hielt eine Ansprache über den „Verbrecher“ und forderte uns auf, ihm gehörig die „Sacke“ zu verbaugen. Die Mannschaft war vernünftig genug, diese rohe und brutale Sanktionsweise an ihrem Kameraden und Leidensgenossen nicht vorzunehmen. Als der Aufforderung des Offiziers nicht entsprochen wurde, besann man sich auf ein anderes Mittel, um die Soldaten dazu bringen zu wollen, die Tortur vorzunehmen: man sperrte den Urlaub für die ganze Woche; aber auch dieses zog nicht. Es wurde noch Strafexerzieren eingesetzt, die Tortur wurde immer noch nicht vollzogen. Aber eines hatte man bezweckt: als die Wache zum erstenmal wieder Urlaub erhielt, blieb die ganze Wache über Urlaub, eine Antwort, die auch dem betr. Offizier zu denken gab.

Es gibt leider wenig vernünftig denkenden Menschen beim Militärismus. Hunderte von Fällen ähnlicher Art könnte ich anführen während meiner Dienstzeit. Aber das

beweist immer und immer wieder, daß bei unserer Jugend an Aufklärung nicht genug geschaffen werden kann, um sie nicht zur Bestie zu erziehen. Erst dann, wenn unsere Jugend durchdrungen und besetzt ist vom Geiste der Ideen des Sozialismus, wird sie sich zu derartigen rohen und brutalen Exzessen nicht mehr hergeben.

Der Herr Finanzassistent.

Den Kost- und Logissschwindel betreibt der frühere Finanzassistent Robert Ritzsch von Karlsruhe, seit er am 9. April wegen seines leichtsinnigen Lebenswandels in Heidelberg entlassen wurde. Seit 1897 befand er sich im Staatsdienst. Von seiner Entlassung bis zum 25. Juni prellte er in Mannheim nicht weniger denn 8 Familien um das Kost- und Logisgeld. Ueberall gab er an, er sei hierher als Finanzassistent berufen. Am 10. Juni kehrte er im „Durlacher Hof“ ein, bestellte sich ein Glas Bier und ein Schinkenbrötchen und suchte dann, ohne bezahlt zu haben, durch den Hof zu entweichen. Aber die Kellnerin Josefine hatte bereits Lunte gerochen und das Hofort abschließen lassen. Dann rannte er nach einer anderen Oeffnung, er hatte sich aber getäuscht, es war nur ein Spiegel. Die Kellnerin hatte sich an dem einzigen Ausgange für ihn postiert und so blieb ihm denn nichts weiter übrig, als sich im richtigen Sinne des Wortes „bünne zu machen“, d. h. er packte seine beiden Rockflügel dicht an den Körper und schloß dann wie ein Aal an der Kellnerin vorbei. Als ihm auf der Straße der Mann der Kellnerin entgegentrat, rief er, „da muß ein Schutzmann her“, es nützte ihm aber nichts, er mußte zurück und bezahlen. Bei dem Geschäftsführer von Lippmann, Kaufmann Straßer, suchte er lange Zeit einen Paletot, aber alle waren ihm nicht elegant genug, Straßer ließ sich eine Anzahl besonders eleganter Paletots von einem anderen Geschäft kommen, um den anspruchsvollen Kunden zu befriedigen und er nahm sich denn auch den teuersten und schönsten. Das Geld blieb er schuldig, er gab dem Verkäufer jedoch die Versicherung, in einigen Tagen zu bezahlen, denn als Finanzassistent dürfe er keine Schulden machen. Zur besonderen Beruhigung zeigte er ihm ein Schriftstück mit dem Kopfe „Finanzamt Mannheim“, in welchem er benachrichtigt wird, daß er vom 1. Juni ab beim Finanzamt Mannheim angestellt ist. Auch eine Unterschrift des Finanzamtes befand sich darunter. Bei dem Kaufmann Josef Keller suchte er sich ein Legiton zu beschaffen, hatte dort jedoch kein Glück.

Das Schöffengericht Mannheim verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Von Anfang bis zu Ende hatte der Angeklagte alle seine Straftaten frech bestritten, was ihm keineswegs als mildernd ins Gewicht fallen konnte.

* **Kaiserpanorama.** Nach Mexiko, der Bundesrepublik im südlichsten Teil von Nordamerika führt uns die zurzeit im Kaiserpanorama ausgestellte Serie. Obgleich dieses Land durch seine inneren Kämpfe und besonders seinen letzten unglücklichen Kaiser Max, welcher belanlich österreichischer Erzherzog war, viel von sich reden machte, dürfte die bildliche Darstellung der außerordentlich reichen Kunst- und Kulturgeschichte bei uns weniger bekannt und nur in Spezialwerken zu finden sein. Umso mehr dürften daher die prächtigen Ansichten der größeren Städte, wie vor allem Mexiko selbst mit über 1/2 Million Einwohner, die romanischen Parkanlagen, Kunstbauten und Denkmäler, naturgetreue Straßenszenen, durch welche Charakter, Sitten und Gebräuche der Einwohner veranschaulicht werden, manchem willkommenen Gelegenheitslied, sein Wissen nach dieser Richtung hin zu ergänzen.

* **Der Essener Männergesangsverein** unternimmt Anfang August eine Konzertreise nach Süddeutschland und wird in mehreren Städten Badens auftreten. Im großen Saale der Festhalle hier wird der genannte Verein am Montag, 10. August, abends 8 Uhr, ein Konzert veranstalten unter Mitwirkung der Konzertfängerin Frau Selby Tracema Brügelmann aus Köln und des Violinvirtuosen Herrn Walter Schulze-Priska aus Chicago. Auf Näheres werden wir noch zurückkommen.

* **Stadtgarntheater.** Am Freitag wird der „Walzertraum“ mit Herrn Perold in der Partie des Niki wiederholt. Am Samstag gelangt die Straußsche Operette „Wiener Blut“ zur Aufführung.

* **Städtische Arbeiten.** Vergeben werden: Die Entwässerungseinrichtungen für Bannenbäder 3. Klasse im städt. Bierordbad an die Firma Emil Schmidt u. Kons., die Lieferung eines Aermungsapparates für die städt. Feuerwache an die Firma C. B. König in Altona, die Beleuchtungseinrichtungen im Erweiterungsbau der Werfthalle II am städt. Rheinhafen an W. H. Lipp, der Umbau von 50 nassen Gasmessern in Gasautomaten an die Firma J. Rombach in Straßburg i. E., die Lieferung von Wäscheständen für das Bierordbad wie folgt: Handtücher, Wäschebänke, Schürzen, Personalhänden, Schültertragen, Kopfstücher und Frauenbadanzüge an Aug. Schulz, Bademäntel an Chr. Dertel, Reinmittel für an A. S. Rothschild.

* **Festgenommen** wurde ein 17 Jahre altes Dienstmädchen aus Vernbach, das einem Händler in der Südstadt, bei dem es sich vorübergehend aufhielt, von 358 M. 40 M. entwendete.

* **Aus dem Fenster gestürzt.** Gestern Abend nach 10 Uhr fiel ein lediges, 21 Jahre altes Dienstmädchen von Großwintertal gebürtig, aus dem Küchenfenster des zweiten Stockes eines Anwesens in der Rosstraße. Der alsbald herbeigerufene Arzt konstatierte einen Schädelbruch und beantragte die sofortige Ueberführung des Mädchens ins städtische Krankenhaus. Offenbar wollte das Mädchen einen außerhalb des Küchenfensters hängenden Wäschelappen wegnehmen, wobei es das Uebergewicht bekam und zum Fenster herausfiel. Das Mädchen selbst ist bis zur Stunde betäublos.

* **Kleine Nachrichten.** Am 10. d. M. wurden auf Gemerkung Ruppert auf drei Grundstücken über 400 Stöcke Frühkartoffeln und ein größeres Quantum Zwiebeln im Werte von etwa 25 M. entwendet.

In der Nacht zum 15. d. M. wurden einem Betrunknen von zwei jungen unbekanntem Burschen, mit denen er auf dem Rintheimer Felde übernachtet hatte, etwa 14 M. gestohlen. Ein 27 Jahre alter Fuhrknecht aus Krefeld, der bei einem Güterbestatter in Nassau in Stellung war, unterschlug 17 M. Rollgeräth und brannte durch. Der Geschädigte bediente sich aber des Telefons, infolgedessen der Flüchtige hier ermittelt und verhaftet wurde.

Vorgestern früh wurde ein 17 Jahre alter Kaufmann aus Quitschin wegen Bettel und Landstreicherei festgenommen. In seinem Besitze befand sich ein Fahrrad, Marke Adler, Fabrik-Nr. 286 089, das er in einem Orte bei Emmendingen am 14. d. M. gestohlen haben will und trug einen geladenen Revolver bei sich.

Letzte Post.

Privat-Telegramme des „Volksfreund“.

Hochverratsprozess in Hamburg.

Weil sie das bekannte anarchoistische „Soldatenbrot“ verbreitet hatten, waren der Werftarbeiter Dreows und zwei andere Anarchisten unter Anklage gestellt. Drens erhielt vom Landgericht Hamburg 15 Monate Gefängnis, die beiden andern Angeklagten wurden freigesprochen. Ein Maschinistenmaat Rehbein hatte den Spieß gemacht.

Ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht kostet 70 M. Berlin, 16. Juli. Das Schöffengericht verurteilte den Genossen Abendroth zu 70 M. Geldstrafe, weil er am 22. März d. J. bei der Demonstration für die Mannschaften ausgebracht hatte. Der Staatsanwalt hatte hier Wochen Gefängnis beantragt.

Die Postbeamten dürfen sich organisieren.

Berlin, 16. Juli. Wie bestimmt verlautet, hat der Staatssekretär Rätzke seinen Widerstand gegen die Organisation der Postbeamten aufgegeben. Es ist die Gründung eines Reichspost-Beamtenverbandes geplant. Eine Organisation von Regierungsgnaden, da ist Mißtrauen am Plage.

Keine Wahlreform in Preußen!

So verkündet die offiziös inspirierte „Information“, die Regierung denke nicht daran, im Frühjahr dem preussischen Landtag eine Wahlreformvorlage zu unterbreiten. Das war vorauszusehen.

Ein Zusammenstoß zwischen Streikenden und Arbeitwilligen erfolgte in Düsseldorf. Die Differenzen brachen beim Streik der Plattenleger aus. Ein Arbeiter wurde am Arm schwer verletzt.

Gehaltsregulativ in Bayern angenommen.

München, 16. Juli. Die Abgeordnetenkammer nahm heute einstimmig die von der Regierung vorgelegte Gehaltsordnung nach den Beschlüssen des Ausschusses an. Zur Durchführung der geplanten Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der Staatsbeamten und Staatsbediensteten ist für je ein Jahr der Finanzperiode 1908 und 1909 die Summe von 9030000 M. erforderlich, wovon 750000 M. auf persönliche Zulagen und auf die achtprozentige Sonderaufbesserung entfallen, so daß als fortdauernder Bedarf die Summe von 8310000 M. verbleibt. Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Kosschütz. Von einer Gehaltsdiskussion wurde Abstand genommen, nachdem die bürgerlichen Parteien einen dahingehenden Antrag der Sozialdemokraten niedergelassen hatten.

Eine bei Klasse 7 (Expeditoren) durch den Ausschuss beigefugte weitere 7. Vorläufigequote, die einen Mehrbedarf von 353.700 M. ausmacht, erklärte die Regierung als unannehmbar. Die Kammer blieb aber beim Ausschlußbeschluss. Gegenüber der Regierungsvorlage ergibt sich ein effektiver Mehrbedarf im ganzen von 868.530 M.

Briefkasten der Redaktion.

Berghausen. Laut Mitteilung des Herrn Steuerdirektors Glodner gegenüber unserem Abg. Koelch im gleichen Falle braucht keine Steuer bezahlt zu werden, wenn Sie vorher vom Steueramt einen Erlaubnischein zur Weinbereitung geholt haben und mit dem Wein keinen Handel treiben.

Ch. Artikel 7 ist nicht in Vergessenheit geraten. Er hat friedlich in unserer Manuskriftmappe geschlummert und wird, sobald etwas Raum geschaffen ist, zum Leben erweckt werden.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Verband deutscher Friseurarbeiter.) Die Mitglieder werden ersucht, sich am Sonntag zahlreich am Festungsplatz der Heidelberger Kollegen zu beteiligen. Abgang früh 7.20 und Mittag 12.10 Uhr.

Karlsruhe. (Gesangverein Bruderverbund.) Heute Abend Singstunde im „Wirtinberger Hof“. Vollzähliges Erscheinen wünsch!

Durlach. (Soz. Verein.) Morgen Samstag, abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „Schwanen“. Da in der letzten Versammlung wegen Verhinderung des Genossen Will der Vortrag: Die soziale Lage vor der französischen Revolution ausfallen mußte, findet derselbe morgen Abend statt. Wir eruchen die Genossen und Genossinnen vollzählig zu erscheinen.

Müsch. (Soz. Verein.) Sonntag mittags 2 Uhr Wahlbereinigungsversammlung im „Löwen“. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Wasserstand des Rheins.

Freitag, den 17. Juli.

Schusterinsel 2.43, gest. 3 cm, Rehl 2.82, gest. 5 cm, Maxau 4.1, gest. 2 cm, Mannheim 3.58, gest. 1 cm.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

A. N. 100. Sie fragen an: „Kann ich als Privatmann eine Erfindung auf militärischem Gebiete Privatunternehmern oder fremden Staaten anbieten, oder bin ich gesetzlich verpflichtet, solche Erfindungen erst dem deutschen Reich (Kriegsministerium oder dergl.) zu offerieren? Welche Strafe würde mich treffen, wenn ich letzteres nicht tun würde.“ Die Anfrage bedarf mündlicher Klärung. Dazu sind aber wir nicht in der Lage, wenden Sie sich an einen Patentanwalt.

Geschäftliches.

Atelier moderner Photographie

Rausch & Pester

Erdprinzestr. 3 Karlsruhe i. B. Erdprinzestr. 3. Mäßige Preise. * Feinste Ausführung. 3250

Werfet gelezene Volksfreund-Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter!

Deutsch. Transportarb.-Verband

(Sitz: Winterstraße 20).
Samstag den 18. Juli, abends halb 9 Uhr, findet im
Saal Stollenberger untere 3241

Halbjahrs-General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Berichte; 2. Wahl des Gauvorstandes; 3. Verbands-
angelegenheiten.
Da einige besonders wichtige Angelegenheiten mit erledigt
werden müssen, ist möglichst vollständiges Erscheinen der Mit-
glieder notwendig. Mitgliederbücher sind vorzubringen!
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Verein Bulach.

Samstag, 19. Juli, abends halb 9 Uhr, in der Krone

Mitglieder-Versammlung

mit Vortrag des Genossen Abele-Karlsruhe über: 3275
Religion ist Privatsache
Zahlreichem Besuch sieht entgegen Der Vorstand.

Waldkirch.

An Sonntag den 19. Juli veranstaltet die sozialdem.
Partei gemeinsam mit dem Gewerkschaftskartell einen

Ausflug

über die Hochburg nach Emmendingen.
Abmarsch um 1 Uhr von der Kastelburg. Wir erwarten
von der organisierten Arbeiterschaft eine rege Beteiligung. Auch
Damen sind willkommen. 3249

Vergnügungs-Kartell Freiburg.

Sonntag, 19. Juli am Wasserschloßchen

Großes Waldfest

unter Mithilfe der Kapelle „Harmonie“ des Gesang-
vereins „Freundschaft“, der freien Turnerschaft, sowie
des Arb.-Kad.-Vereins „frisch Auf“.
Außerdem Kinderbelustigung, Scheiben-
schießen und Ballwerfen.
In dieser Veranstaltung ladet die Freiburger Arbeiter-
schaft freundschaftlich ein 3267

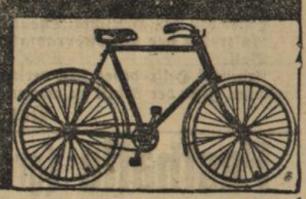
Das Vergnügungskartell.

3267

Gritzner

FAHRRÄDER

Jahresproduktion
30000 Fahrräder



Erstklassiges Fabrikat!
Präzisionsarbeit in höchster Vollendung.

Gritzner Freilaufnabe „Helios“

Beste Bremsnabe! 3257
Vertreter:
Schwinn & Ehrfeld, Karlsruhe, Kaiserstr. 99

Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Einer verehrl. Einwohnerschaft von Hagsfeld, meinen werten
Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß ich am
Samstag, den 18. Juli, die

Wirtschaft zur Kanne

übernehme. Es wird mein Bestreben sein, durch Verabreichung
guter Speisen, eines ff. Stoffes Bier aus der Unionbrauerei,
sowie reiner Weine, mir die Zufriedenheit meiner werten
Gäste zu erwerben. 3256
Um geneigten Zuspruch bittet
Adolf Wurm.



Karlsruher Sprach- und Handelsschule

„Germania“

Dir. Karl Kramer
Karl-Friedrichstr. 1
Eing. Zirkel, Telephon 505

- Buchführung
 - Rechnen
 - Korrespondenz
 - Wechsellehre
 - Maschinenschreiben
 - Kontorarbeiten
 - Stenographie
 - Anmeldungen täglich
 - Stellenvermittlung
- Erstklassiges Musterkontor
Niemand wird ohne Stellung entlassen.

Freiburg Colosseum

beim Martinstor

(Trambahnhaltstelle).
Von Donnerstag, 16. Juli
ab 8. ersten Male Gang neu!
Die großartige Fortsetzung
von 3243

Sherlock Holmes

Der Hund von Baskerville
Schauspiel aus dem schottischen
Hochland von Ferd. Bonn.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Billetvorverkauf: Hagen-
haus Rampe, Kaiserstr. 89.
Billete wolle man rechtzeitig
bestellen.

Arbeiter

kaufen ihren Bedarf in Arbeits-
kleidern, Unterleibern etc. am
vorteilhaftesten bei 3212
D. Feinmetz, Freiburg,
Unterlinden 5,
Graf's Weinstraße gegenüber.
Mitglied des Rabatparvereins.

Branntwein

zum Ansehen
per Liter 70, 80 Pf. u. M. 1
Nordhäuser
Kornbranntwein
Kirschen- und
Zwetschgenwasser
empfehlen 3039

W. Erb

am Sidellplatz.

Hausmacher
Rein- u. Halbleinwand
für 2704
Leib- u. Bettwäsche
erprobte Qualitäten
billigt bei
J. Schneyer
Werderplatz.

An- u. Verkauf

getragen, gut erhalten, Herren-
u. Damenkleider, Schuhe usw.
Zahl hohe Preise. Postkarte ge-
nügt. Frau Rosa Gut,
Brunnenstr. 5, nächst der Markt-
grafenstraße. 567

Zwei Zimmer

Küche und Keller, Seitenbau,
Kurbelstraße 20 sofort zu
vermieten. 3231

L. Bader, Mostkonserven-
Fabrik, Ulm a. D.



patentamt. geschützt! 1870
Nur Bader's
Mostkonserven

ergeben ein Getränk, das von
echtem Obstmost nicht zu unter-
cheiden ist; es ist deshalb der
beste u. billigste Apfelmost!

Erhältlich für
Nicht zu verwechseln mit Sub-
stanzen, die unter falschen Namen
Es stellt sich
das Liter auf ca. 6 Pfg.
Extra 50 100 150 Str.
Qualität 1,90 3,50 5,20 M

Niederlagen:
Karlsruhe, Otto Leibhammer,
Kaufm., Mühlburg,
Willy Bayer, Küfer, Lessing-
straße 49,
Job. Maier, Sangestr. 150,
Mühlburg,
August Furrer, Handlung,
Otto Benroy, Kaufmann,
Frg. Hiltner, Kankestr. 28,
Allmannsweiler, Karl Durr,
Höly, Diener.

U. a. Rh., Otto Ball,
Auerbach, R. J. Müller, Spez.
Bahnbüchsen, H. Schmidt,
Verghausen, Stephan Wal.
Blankenloch, L. R. Seig.
Durlach, Konium-Verein,
J. Link, Schlossermeister,
Anton Strauß, Kfm.

Emmendingen, Friedr. Frieß,
Forschheim, Frg. Lav. Dell.
Job. Winter, Kfm.
Freitett, Gg. Hügel II, Big.
Gröbinger, Ludwig Krumm,
Kol. Waren.

Grünwettersbach, Christ. Dell.
Höly,
Hagsfeld, Friedr. Kaupp, Kfm.
Hochstetten, S. Wagner,
Höhlungen, Karl Schnorr, Bäcker,
Kniefingen, Karl Klotter, Kfm.
Willy Bollenfadt, Handlung,
Neuburgweiler, Joh. Schwarz,
Röttingen, Joh. Schneider, Kfm.
Dös, Emil Flug, Lebensmittel
u. Schuhwaren.

Wörzheim, Karl Friedr. Bauer,
Gutingstr. 13.
Louis Bauer, Kaufm., Karl-
Friedrichstr. 90.
Karl Lupus, Metzgerstr. 13 a.
Rothheim, Luise Walther, Höly,
Rothenfels, Otto Braun, Kfm.
Ruhheim, Friedr. Zimmermann,
Sturferich, Joh. Pfisterer, Höly,
Teutscheneuth, Joh. Stiefel,
Kol. Waren.

Weingarten, Aug. Nicolaus,
Küfer, J. Schmitt,
Welscheneuth, J. B. Weiß,
Handl.
Wöflingen, Wilh. Mees, Manu-
fakturv. B. Wagner.

Rastatter u. westfälische Kochherde

emailiert und lackiert,
Gaggenauer Gasherde.
Gas-Glühstrümpfe, Zylinder-
Haus- und Küchengerichte
in jeder Ausführung, sowie ganze
Einrichtungen von den einfachsten
bis zu den feinsten in großer
Auswahl u. billigsten Preisen
liefert unter Garantie 2996

Ernst Marx,

Herd-, Ofen-, Küchen- u. Haus-
haltungszubehör-Magazin,
Luisenstraße 45.

Photograph Meess

Werderstr. 31, Südstadt,
liefert: 2907
12 Visiten von 1,80 M. an
Cabinet „450“
Familien- und Vereins-
bilder sehr billig.

An- und Verkauf

fortwährend getragene Herren-
und Damenkleider, Schuhe
und Stiefel, aber nur gute
Sachen. 4662
Frau Bertha Strecktuss,
Brunnenstraße 7, nächst der
Durlacherstraße.

Cognac

verkauft für Mk. 2.- per
Flasche und sende bei 3 Flaschen
nach auswärtig portofrei unter
Nachnahme. 3273
Wilhelm Sämann,
Waldstraße 7 II.

Humboldtstr. 6, 2. St. rechts,

ist ein gut möbl. Zimmer
sof. od. spät. billig zu vermieten. 3232

Hobenwettersbach.

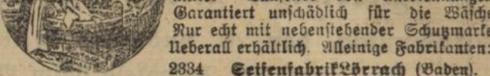
Für die hiesige Filiale wird für 1. August ein Austräger
oder Trägerin als Filialinhaber des „Volkstreuend“ gesucht. An-
meldungen werden in der Expedition des Blattes angenommen.

Wirtschaft zur Kanne, Hagsfeld.

Empfehle meine Lokalitäten (großer Saal),
ff. Unionbier, reine Weine, gute Speisen.
3258
Hochachtend
Adolf Wurm, Wirt.

Kaliol

gefällig geschliffen, bestes billiges Wasch-
mittel
Tausende von Anerkennungen.
Garantiert unschädlich für die Wäsche.
Nur echt mit nebenstehender Schutzmarke.
Überall erhältlich. Alleinige Fabrikanten:
2834 Seifenfabrik Werra (Baden).



Prima Rotwein

garantiert naturrein, per Liter von
48 Pfg. an
empfiehlt die

Spanische Weinhandlung

Magin Mayner & Co.

Schillerstr. 23 Durlacherstr. 33
Lessingstr. 29 Ruppurrerstr. 14
Rheinstr. 45 Durlach: Hauptstr. 32
Bruchsal, Pforzheim und Baden.

Vergebung von Bauarbeiten.

Die nachstehenden Bauarbeiten
für verschiedene städt. Gebäude
sollen im Wege der öffentlichen
Ausführung vergeben werden:
1. Pflasterarbeiten (Holz-
gament),
2. Pflasterarbeiten (Dachschal-
lung),
3. Zimmerarbeiten (Speicherboden),
4. Zimmerarbeiten (eichener
Klemboden),
5. Fernputz (Torra nova),
6. Maler- und Anstreicher-
arbeiten,
7. Zementarbeiten,
8. Pflasterarbeiten.

Zeichnungen, Bedingungen u.
Arbeitsverzeichnisse, welche nach
auswärts nicht verlangt werden,
liegen auf dem städt. Hochbau-
amt, Rathaus, zweites Oberge-
schoss, Geschäftszimmer Nr. 122,
zur Einsicht auf. Ebenfalls
sind die Angebote bis
Donnerstag, den 23. d. M.,
vormittags 10 Uhr,
dem Schluß der Ausschreibung,
verschlossen und mit entsprechen-
der Aufschrift versehen, einzu-
reichen.
Karlsruhe, 14. Juli 1908.
Städt. Hochbauamt.

Neuer, dreiflügeliger, foliener Diwan (Kanapee)

ist wegen Abreise um 28 Mrk.
sofort zu verkaufen.
Schützenstraße Nr. 16,
im Hof links.

6000 Mark

auf 1. Hypothek zu leihen ge-
sucht. Off. unter B. L. 500
an die Exp. d. Bl. erbeten. 3220

Ladeneinrichtung

passend für ein
kleineres Kolonialwarengeschäft.
billig zu verkaufen. Zu erst.
im Volkstreuend.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 4.—11. Juli: Max August Heinrich, B.
Josef Ed. Kaufmann, Georg Ludwig Otto, V. Georg Günter,
Eduardmann, Rudolf, V. Franz Thle, Lokomotivbeizler, Karl
Emil, V. Johann Nonnenmacher, Wagenführer, Erwin August
Wilhelm, B. August Gerhardt, Schlosser, Gertrud, V. Heinrich
Seig, Maschinen-Ingenieur, Erich Gustav, B. Adolf Schumacher,
Kaufmann, Elisabeth Margarete Emma, V. Friedrich Dehn, Fak-
tor, Gertrud Ida, B. Karl Hildenbrand, Tapezier, Hermann
Heinrich, B. Hermann Kaffetter, Masch.-Arbeiter.

Stadtgarten

Freitag, 15. Juli 1908,
abends 8 Uhr,
Konzert
der Kapelle des
3. Bad. Feld.-Art.-Regim.
Nr. 50.

Leitung: Stabsarzt O. Schotte.
Eintritt: Abonnenten 80 Pfg.;
Nichtabonnent. 50 Pfg.
Soldaten und Kinder
je die Hälfte.
Programm 10 Pfg.

Die Konzerte Abonnements-
karten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen
nur zum einmaligen Eintritt.

Schuhwaren

aller Art
sollt und dauerhaft, kaufen
Sie am besten bei

Anton Krätz, Kassett

Kriegstraße 1 (Dorfes).
NB. Bringe auch meine
Reparaturwerkstätte in
empfehlende Erinnerung.

Nüppur, Almsdorfstraße 18,
ist eine 3 Zimmerwohnung nebst
Zubehör auf 1. Oktober zu ver-
mieten. 3208

Schützenstr. 102 gut möbl.
Zimmer um 12 Mrk. sofort
zu vermieten.

Wilhelmstr. 4, Gb. 2. I. ist
ein möbl. Zimmer sofort
zu vermieten.

Winterstraße 30, 5. r. ist
1 einf. möbl. Zimmer an
sol. Arbeiter zu vermieten.

Horkstraße 36, Gb. möbl.
Zimmer zu vermieten.

Sportwagen 2sitzig, w., mit
Gummireifen, ist
billig zu verkaufen. Sternberg-
straße 8, 3. r.

Sängersktion des Arb.-Bild.-Vereins „Eintracht“ Zürich.
Gesangverein „Lassallia“ Karlsruhe.

Samstag, 25. Juli, abends halb 9 Uhr findet im großen Festhallsaal zugunsten der Ferienkolonie ein

Wohltätigkeits-Konzert

statt. Hierzu laden wir die verehrl. Einwohnerschaft von Karlsruhe mit der Bitte um zahlreiche Unterstützung freundl. ein.

Eintrittskarten à Person 30 Pfg., sowie Programme sind am Eingang erhältlich.

Vereinigte Arbeiter-Vereine Durlach.

Sonntag, den 26. und Montag, den 27. Juli 1908 auf der Festwiese beim Waldhorn

Großes Volksfest.

Programm:

Sonntag Nachmittag 2 Uhr: Aufstellung zum Festzug bei der „Hume“, Abmarsch 3 Uhr mit Musik durch die Stadt zum Festplatz.
 Montag Nachmittag 1 Uhr: Zusammenkunft im Gasthaus zum „Lamm“, 2 Uhr Abmarsch mit Musik auf den Festplatz.

Beide Tage große Volks- und Kinderbelustigung, Glückshafen.

Eintritt 10 Pfg. à Person. Hier aus der Brauerei Wagner.

Arbeiter und Arbeiterfrauen auf zum Volksfest.

Der Festausschuß.

Markt- und Lädenpreise

für die Woche vom 5. Juli bis 11. Juli 1908. (Mitgeteilt vom Statistischen Landesamt.)

Erhebungsorte	1 Kilogramm										10 Liter		1 Liter				
	Kartoffeln	Weizen- oder Roggenmehl Nr. 1	Roggenmehl I	Brodt	ganz- oder halbkornige Getreide	Obstfleisch	Wurstfleisch	Stückfleisch	Salzfleisch	Schmalz	Speck	Butter	Kaffee	Landes	10 Liter	1 Liter	
Ronstanz	6.75	40	38	33	33	170	164	140	185	190	160	160	250	210	75	18	44
Stodach	5.-	44	38	30	34	160	150	180	180	160	160	160	220	200	60	16	50
Heberlingen	7.-	38	33	32	36	160	152	140	180	160	148	200	240	180	65	18	48
Donaueschingen	4.20	36	32	30	36	160	160	110	180	160	140	180	280	220	60	18	44
Willingen	5.-	46	42	27	30	160	160	140	170	160	169	180	240	195	65	20	44
Baldshut	6.-	44	40	33	35	150	150	130	160	170	150	150	250	220	80	20	40
Breisach	6.50	46	38	32	34	160	140	120	160	180	140	180	260	240	85	18	50
Ettlingen	6.-	38	28	28	30	160	160	—	172	160	152	180	—	—	65	15	50
Freiburg	6.-	48	40	32	32	170	160	140	180	180	150	170	280	230	70	22	40
Lörrach	4.20	42	—	—	—	160	150	180	180	160	150	150	270	240	85	20	44
Mühlheim	5.-	44	38	30	34	168	168	—	180	180	160	180	260	230	80	20	40
Neßl	7.-	40	40	27	32	168	160	160	180	180	152	200	270	230	85	20	44
Sahr	7.-	40	36	28	30	168	160	152	168	170	152	180	280	240	75	20	40
Offenburg	6.50	40	38	30	—	172	160	—	180	170	160	180	280	240	75	20	34
Baden	6.-	52	42	34	40	180	170	120	180	170	170	180	300	240	90	20	50
Katzen	5.20	40	36	30	33	150	150	—	180	170	140	180	270	240	80	20	40
Bruchsal	6.-	36	32	31	37	168	164	—	180	170	140	180	270	240	80	20	40
Durlach	6.-	40	32	30	42	168	160	120	180	180	160	180	280	260	80	20	42
Ettlingen	6.-	36	32	28	36	168	160	—	176	170	146	160	260	250	80	20	40
Karlsruhe	5.60	48	44	32	44	172	184	120	174	160	150	170	260	230	60	20	40
Forstheim	6.-	44	40	30	33	168	160	—	180	160	160	160	280	250	70	20	46
Rammheim	8.-	48	42	27	30	170	160	120	180	180	155	155	260	260	70	22	36
Schweigenen	6.40	40	30	27	27	160	160	130	180	180	152	180	300	240	80	20	44
Heidelberg	6.-	44	40	30	33	168	160	132	180	200	172	200	280	220	70	22	48
Rosbach	6.-	40	36	26	30	—	160	—	172	—	160	200	280	260	65	18	44
Bertheim	7.-	32	24	30	35	—	160	120	160	150	150	200	260	220	60	15	40

Zucker für die Einmachzeit



kaufen Sie am besten und billigsten im 3254

Kaffee-Geschäft Gebr. Kayser

Hutzucker 22 1/2
 „ausgeschlagen“ 23 1/2
 Crystallzucker 22 1/2
 Gri-zucker 22 1/2
 Platten-Raffinade 23 1/2
 Viktoria-Zucker 24 1/2

Prima Qualitäten.

Filialen in Karlsruhe: **Nur 113 Kaiserstrasse 113**
229 Kaiserstrasse 229

Der Räumungs-Verkauf

zu ausserordentl. günstigen Angeboten dauert nur noch bis 20. Juli.

J. Schneyer, Werderplatz.

Stadtgarten - Theater Karlsruhe.

Freitag, d. 17. Juli 1908
Ein Wassertraum (Novität).
 Operette in 3 Akten von Felix D. Mann u. Leopold Jacobson.
 Musik von Oskar Strauß.
 Anfang 8 Uhr.

Deutscher Metallarbeiterverband

Markgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telefon 2008
Bretten. Samstag den 18. Juli, abends punkt 8 Uhr im Gasthaus zum Engel, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Delegiertenversammlung in Karlsruhe.
Ettlingen. Samstag den 18. Juli, abends punkt 8 Uhr im Gasthaus zum Löwen, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht der Delegierten über die Generalversammlung in Karlsruhe.
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Fleischer Filiale Karlsruhe.

Sonntag, den 19. Juli findet unser diesjähriges **Gartenfest** im Gottesauer Schloßle, Durlacher Allee, verbunden mit Preisregeln, Preis-schießen und Glückshafen statt. Abends von 9 Uhr ab Tanz.
 Hierzu sind unsere Mitglieder nebst Angehörigen und Freunden freundlichst eingeladen.
 Die Ortsverwaltung.

Freie Turnerschaft Bulach.

Sonntag den 19. Juli, **Großes Garten-Fest** verbunden mit Gesang, Musik, Schachturnen usw., wozu unsere Mitglieder, Freunde und Gönner ergebenst einladen.
 Der Turnrat.

Arbeiter-Gesangverein Frohsinn Elchesheim

Am Sonntag den 19. d. M. findet in der Rose ein **Gartenfest** statt, verbunden mit Scheibenschießen, Plattenwerfen, Ring-schießen, sowie Musik und Gesang, wozu freundlichst einladen.
 Der Festausschuß.

Vereinigte freie Gewerkschaften Gaggenau.

Sonntag den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr in der **Sommer-Fest**
 Programm: Nachmittags 3 Uhr, Gartenkonzert, Volksbelustigung, Glückshafen. Abends 8 Uhr, Festrede, halten von H. Gurschig, Theater, „Im schönsten Rammheim“ Auftreten der Arbeiterabfahrer, darauffolgend großer Ball.
 Arbeiter! Helft dieses Fest verschönern, helft es zu einem wirklichen Feste der Arbeit zu machen.
 Der Festausschuß.

Festhalle (grosser Saal)

Montag den 10. August, abends 8 Uhr **Konzert**

Essener Männer-Gesangvereins

Sängerzahl: 120. Leitung: Ludw. Riemann.
 Mitwirkende: Konzertsängerin Frau Hedy J. cema-Brügelmann aus Eßln und Violinvirtuos Herr Walther Schulze-Priska aus Chicago.
 Kartenverkauf in der Musikalienhandlung Schmidt, Lammstraße 8, Eingang Kaiserstraße. Tel. 164.

Bekanntmachung.

Während der Getreibeernte der nächsten 14 Tage — von Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet — sind die Lauben einzulagern. Zuwiderhandlungen werden nach § 30 der Feldpolizeiordnung bestraft.
 Karlsruhe, den 10. Juli 1908.
 Bürgermeisteramt.

Zur Einmachzeit

empfehlen:
Ia Tafel-Wein-Essig
 1 Liter 24 Pfg.
 bei 5 Liter 22 Pfg.

Ansetz-Branntwein

p. Hl. ca. 1 Str. 75 Pfg. mit Flasche.
 p. Liter offen 60 Pfg.
 bei 5 Str. 55 Pfg. garantiert echten

Nordhäuser

p. Hl. (ca. 1 Str.) 1 M. mit Flasche.
 55 Hl. 95 Pfg. m. Hl. eigene Literflaschen werden mit 15 Pfg. zurückergeben.

Hutzucker

Pfd. offen 24 Pfg.
 5 Pfd. à 23 Pfg.
 im ganzen Out. ca. 10 Pfd. 22 1/2 Pfg.
 im ganzen Out. ca. 25 Pfd. 22 Pfg.

Krystall-Zucker

Pfd. 23 Pfg.
 bei 5 Pfd. 22 Pfg.
 Orig.-Sad 43 2/5

Kandis-Zucker

schwarz Pfd. 34 Pfg. sowie sämtliche Gewürze in garantiert reiner Ware 8101

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. Telefon Nr. 460 in den bekannten Verkaufsstellen. Preise ab Verkaufsstelle. Versand nur gegen Nachnahme.